

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Ungarn 7800 M., für das übrige Ausland 8000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Reist“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Giedlung und Aieingarten“ erscheint montags bis freitag, sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 4. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkassentkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Reklametabelle kostet 1200 M. Restansätze 6000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 75 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 300 M. Stellenangebote das erste Wort 300 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zelle 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Pariser Ministerratsbeschluss.

Der deutsche Vorschlag unannehmbar. — Sonnabend Ueberreichung der Antwort.

Paris, 3. Mai. (W.T.B.) Ueber den heutigen Ministerrat ist das folgende offizielle Kommuniqué ausgegeben worden: Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand zusammengetreten. Der Ministerpräsident hat das Schreiben zur Kenntnis gebracht, das er von dem deutschen Geschäftsträger erhalten hat. Der Ministerrat war einmütig der Ansicht, daß die Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen und wegen des Mangels an Garantien, als auch wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffern. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Ablehnung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Mächte verständigen.

Aus diesem trockenen Kommuniqué ist es zwar schwer etwas anderes herauszulesen als eine Ablehnung. Indessen ist es möglich, daß die Formel „unannehmbar“ nicht den Sinn hat, daß die Tür zu irgendwelchen weiteren Erörterungen nunmehr von Frankreich zugeschlagen worden ist. Vielmehr scheint das Hauptgewicht dieser Verlautbarung auf die Tatsache gelegt zu sein, daß eine Aussprache mit der belgischen Regierung über den Text der Antwort stattfinden soll. Von diesem hängt alles Weitere ab. Vielleicht wird bis dahin der Druck der vernünftigen Kreise aller Länder, einschließlich Frankreich, das Unheil verhüten können, das aus einer rein negativen Antwort entstehen würde. Enthält diese Antwort dagegen Rückfragen oder stellt sie zummindest eigene irgendwie erfüllbare Forderungen Frankreichs und Belgiens auf, so wäre die Situation durchaus nicht als hoffnungslos anzusehen. Sollte dagegen die Antwort lediglich in einem brutalen „Nein“ bestehen, dann würde der Kampf an der Ruhr solange geführt werden, daß es nur noch Besiegte auf beiden Seiten geben würde.

Im übrigen sind an der offiziellen Verlautbarung noch die Schlüsselsätze bemerkenswert, aus denen hervorgeht, wie sehr Frankreich darauf bedacht ist, eine Mitarbeit Englands, Italiens oder Amerikas an der Antwort von vornherein auszuschließen. Bedinglich mit Belgien, als dem am Ruhrunternehmen unmittelbar Beteiligten, will die französische Regierung über die Antwort verhandeln, die übrigen Mächte sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Jedoch scheint man sich über die Art, wie man diese bewußte Ausschaltung den immerhin nicht ganz entbehrlichen und uninteressierten Ententegegnern zur Kenntnis bringen soll, noch im unklaren zu sein. Auch darüber will Poincaré zunächst noch mit Themis verhandeln, von dem er ahnt, daß er eine solche Brüsterung Englands nur sehr ungern mitmachen würde.

Schließlich kann man sich nicht übermäßig darüber wundern, daß der Ministerrat diese deutsche Note als „unannehmbar“ bezeichnet hat. Genau dasselbe erklärte Poincaré nach der Ministerratssitzung vom 3. Januar über — den Reparationsplan Bonar Law's! Er fügte sogar hinzu, daß er „keinerlei Erörterung auf der Grundlage des englischen Entwurfes zulassen“ könne. Da eine solche scharfe Wendung diesmal nicht gebraucht wird, könnte man sogar behaupten, daß der Schüler Bonar Law damals eine noch schlechtere Zensur erhielt als jetzt der Schüler Cuno. Indessen scheint die ganze Kunst des Schulmeisters Poincaré darin zu bestehen, den anderen schlechte Zensuren zu erteilen; man möchte endlich wissen, ob der Herr Lehrer selbst imstande ist, einmal einen vernünftigen Aufsatz zu schreiben.

Paris, 3. Mai. (W.T.B.) Havas berichtet, daß die von Poincaré entworfene Antwort auf die deutsche Note heute abend durch Spezialkurier der belgischen Regierung nach Brüssel überbracht wurde. Das Dokument, dessen Länge annähernd der deutschen Note entspricht, präzisiert in ziemlich detaillierter Weise die Gründe, weshalb die Vorschläge des Deutschen Reiches von der französischen Regierung als unannehmbar betrachtet werden. Die belgische Regierung werde morgen bekanntgeben, in welcher Form sie die deutsche Mitteilung beantworten werde. Die französische Regierung ihrerseits werde morgen den Text ihrer Antwort in London und Rom mitteilen lassen. Die Note an die deutsche Regierung werde vielleicht Freitag abend, wahrscheinlich Sonnabend vormittag überreicht.

Angaben des „Temps“ über den Inhalt der Antwort.

Paris, 3. Mai. (E.P.) Der „Temps“ bringt über die Antwort, die an die deutsche Regierung gefandt werden soll, eine Reihe von Anhaltspunkten. Die Antwort werde vor allen Dingen kurz und bündig sein und rasch erfolgen, da Cuno sich mit seinem Reparationsplan an die ganze Welt gewandt habe und aus seinem Vorschlag weniger ein Programm als eine diplomatische

Offensive macht und die Bildung einer internationalen gegen Frankreich gerichteten Koalition mit Lord Curzon als Führer herbeiführen wolle. Diesem Manöver dürfe nicht Zeit zur Entwicklung gegeben werden. In Brüssel sei man der Ansicht, daß es nicht genüge, die deutsche Note einfach abzulehnen, sondern daß man auch sagen müsse, aus welchen Gründen man sie ablehnen müsse. Dieser Standpunkt wird von der französischen Regierung als richtig angesehen. Die Regierung werde aber nicht in eine lange Diskussion eintreten. Sie werde den wesentlichen Vorschlägen der deutschen Regierung die bündigen Gründe entgegensetzen, die es Frankreich unmöglich machen, sie anzunehmen. Die Antwort werde sich aber nicht in eine Art von Gegenvorschlägen verwandeln. Es handle sich nur darum, die Ablehnung zu begründen und nicht ein neues Unterhandlungsprogramm vorzuschlagen. In Tat und Wort suche Deutschland, uns eines Tages dahin zu bringen, Konzessionen zu machen, ohne eigentliche Verpflichtungen einzugehen. Die Antwort werde ferner auch die praktische Seite des Reparationsprogramms hervorheben. In bezug auf diesen letzteren Punkt gibt der „Temps“ zu verstehen, daß die Antwort vor allem die Einstellung des passiven Widerstandes fordern wird, weil dadurch die deutsche Zahlungsfähigkeit immer mehr vermindert werde.

Englands Absichten.

London, 3. Mai. (E.P.) In parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß die englische Regierung auf die deutsche Note wahrscheinlich nicht antworten werde, da sie der Ansicht sei, die Note richte sich vor allen Dingen an Frankreich und Belgien. Wenn die englische Regierung aber darauf antworte, so werde die Antwort erst in einiger Zeit erfolgen. Es verlaute, daß innerhalb des englischen Kabinetts die Meinungen über die Note auseinandergehen. Baldwin, der besonders die Ansichten der Geschäftswelt der City vertritt, soll die deutschen Vorschläge als der deutschen Zahlungsfähigkeit entsprechend erachten, während Curzon Vorbehalte macht. Im Foreign Office erklärt man, daß England wahrscheinlich Unterhandlungen über die Reparationsfrage eröffnen werde, wenn die deutsche Note von Frankreich und Belgien abgelehnt werde, aber nicht durch eine Konferenz, sondern auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege. England werde nach wie vor auf dem Plan Bonar Law's bestehen, obwohl es ihn nicht als absolut unabänderlich betrachte. Man drückt die Hoffnung aus, daß es noch dieses Jahr (!) möglich sein wird, eine Lösung sowohl der Reparationen als der Kriegsschäden und der Sicherheitsfrage zu erzielen.

Eine Anfrage Macdonalds im Unterhaus.

London, 3. Mai. (W.T.B.) Unterhaus. Ramsay Macdonald fragte, ob die Regierung über ihre Politik bezüglich der deutschen Note in Erwägungen eingetreten sei, ob sie ihre Ansichten über die Frage Frankreich, Belgien und Italien mitzuteilen beabsichtige mit dem Ziel, Verhandlungen herbeizuführen, und ob sie die günstige Gelegenheit ergreifen werde, auf die Schulden der Alliierten als Teil einer Regelung hinzuweisen.

Baldwin erwiderte: Die Note der deutschen Regierung ist von dem deutschen Botschafter dem Staatssekretär des Äußeren Lord Curzon gestern nachmittag überreicht worden und das Haus wird es zu würdigen wissen, daß ich mit Rücksicht auf die Kürze der seit der Ueberreichung verstrichenen Zeit nicht in der Lage bin, irgendeine Erklärung abzugeben.

Die Aufnahme in Amerika.

Ein W.T.B.-Funktspruch aus New York zeigt, daß auch jenseits des Ozeans die Wirkung der deutschen Note sehr verschiedenartig ist. „New York World“ und „Journal of Commerce“ billigen das Angebot, auch die „New York Times“, obwohl sonst wenig deutschfreundlich, sind optimistisch, „New York Tribune“ äußert sich dagegen recht unfreundlich.

Rein ungünstiger Eindruck in Italien.

Paris, 3. Mai. (E.P.) Dem „Temps“ wird aus Rom gemeldet, man habe den deutschen Entschädigungsvorschlag in maßgebenden italienischen Kreisen für eine geeignete Grundlage zur Wiederaufnahme der Besprechungen. Die italienische Regierung wünsche ernstlich den Frieden und sei bereit, zu dessen Herbeiführung alles in ihrer Macht Liegende zu tun. Sie knüpfe hieran nur die Bedingung, daß die Interessen aller Alliierten vollauf gewahrt würden. Ferner dürfe kein Manöver gefördert werden, durch das Deutschland sich der Entschädigungszahlung entziehen könne.

Eine Zusammenstellung von italienischen Blätterstimmen in einem W.T.B.-Telegramm aus Rom, von der wir annehmen wollen, daß sie nicht einseitig optimistisch ist, zeigt, daß in der Tat die italienischen Blätter sich scharf gegen die Pariser Ablehnungsbestrebungen wenden und in der deutschen Note einen Fortschritt erblicken.

Ein fatales „Versehen“.

Paris, 3. Mai. (U.) Bei der Ueberreichung der deutschen Note am Quai d'Orsay, die gestern nachmittag erfolgte, unterließ ein kleines Versehen, aus dem die Pariser Presse aber eine große Angelegenheit macht. Im Beginn der Note, wo es heißen soll, daß die Bevölkerung des Ruhrgebietes zum passiven Widerstande griff, hieß es in dem überreichten Texte „die deutsche Regierung“ statt „Bevölkerung“. Der Geschäftsträger, Herr von Hoeck, fand sich noch im Laufe des festigen Abends am Quai d'Orsay ein, um diesen Irrtum, der sich aus einer falschen Dechiffrierung ergeben hatte, richtigzustellen.

Soweit die Version der „Telegraphen-Union“. Wir müssen jedoch betonen, daß uns die Erklärung mit dem Dechiffrierungsfehler nicht befriedigt. Es ist nämlich in der an sich recht ansehnlichen Stillschaltung der Einleitung zum deutschen Angebot ein offenkundiger Widerspruch zwischen dem Sach, wonach die Bevölkerung auf den Einmarsch mit dem passiven Widerstand geantwortet habe, und der darauffolgenden feierlichen Erklärung, daß die Regierung den passiven Widerstand fortsetzen werde. Dieser Widerspruch wird nun durch das eigenartige „Versehen“ noch unterstrichen, von dem hier die Rede ist. Der deutsche diplomatische Apparat scheint leider noch immer nicht frei von den Fehlern, die man in alten Zeiten an ihm beklagt hat!

Neuer Marksturz.

Die Folge der Unterlassungen.

Der Dollar, der am 18. April zum erstenmal nach einem längeren Stillstand auf 30 000 in die Höhe schnellte, ist gestern mit einem neuen Sprung auf 40 000 und darüber hinausgegangen. Das geschah, obwohl die Reichsbank wieder ihrerseits Devisen abgab und dafür Mark kaufte, die Mark ist auf die Hälfte des Wertes gesunken, den sie während der Stabilisierung hatte, trotz der Intervention.

Es wäre verfehlt, den außenpolitischen Druck, unter dem diese Entwicklung steht, zu unterschätzen. Die Veröffentlichung des deutschen Angebots und seine ungünstige Aufnahme in Frankreich hat denjenigen, die an einen unaufhaltbaren Niedergang der Mark glauben, neues Wasser auf die Mühle geliefert, hat die Devisenhamsteri und die Spekulation angeregt.

Daß aber beide sich derart entfalten können, daß man diesem Treiben nicht die schärfste Abwehr entgegengeheht hat, daß nicht für die notwendige Wareneinfuhr Devisen, die früher aufgesammelt worden sind, durch einen Druck auf die Besitzer flüssig gemacht werden, das ist die unverantwortliche Unterlassung, die sich die gegenwärtige Regierung zuschulden kommen ließ. In der Zeit vom 18. April bis gestern ist nichts geschehen, was die Spekulation zügeln konnte. Dabei geht es jetzt um das Gold der Reichsbank. Müßte doch die Zentralnotenbank bereits einen Teil ihrer Goldreserve verpfänden, um die für Fortführung der Stützungsaktion notwendigen Devisen zu beschaffen. Dieses Gold wird jetzt in Wirklichkeit gekauft von denen, die genügend Uebergewinne oder Kredite einstreichen konnten, um nicht nur ältere Devisenbestände zu behalten, sondern auch dazu neue zu erwerben. Es ist immer noch dasselbe Gold, dessen Hergabe zu Stützungs Zwecken die Organe der Rechten und mit ihnen Herr Havenstein, der Reichsbankpräsident, noch vor einem halben Jahre auf das Erbitterteste bekämpften und das heute jedem spekulativen Zugriff offensteht!

Diese Unterlassung jeder Abwehr ist es, die den schärfsten Protest herausfordert. Vor vierzehn Tagen hat die Regierung selbst eine Bestandsaufnahme der im Besitz der Banken und der Privaten befindlichen Devisen angekündigt, sie also für notwendig gehalten. In der neuen Devisenverordnung, die jetzt kommen soll, aber noch nicht in Kraft ist, ist von einer solchen Bestandsaufnahme der vorhandenen Devisen überhaupt nicht die Rede. Der Sturmhauf der Interventionen hat die Regierung weich gemacht, der Dollar steht auf 40 000!

Die Sozialdemokratie hat, wie gemeldet, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, der die Borgänge am Devisenmarkt aufklären und damit feststellen soll, welche Abwehrmaßnahmen erforderlich sind. Die Bürgerlichen werden dann zeigen können, ob es ihnen mit der Markstützung ernst ist. Die Unterlassungen haben sich bisher bitter gerächt, sie haben unsere außenpolitische Stellung geschwächt, den Widerstand des Volkes gegen die imperialistischen Uebergriffe Frankreichs einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Auch im Interesse des Abwehrkampfes an der Ruhr ist ein entschlossenes Vorgehen gegen die Devisenpreistreiberei dringend geboten. Wer sie verzögert oder unter-

läßt, ist an allen Folgen, die sich daraus ergeben, mit verantwortlich.

Den Industriellen genügt der Marksturz nicht!

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem vom Arbeitsausschuss zur Beratung der Ausfuhrerlässe vorgelegenen Ergänzungen. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte dazu: Die Devisenfixierung sei der Kernpunkt der ganzen Frage. Die Zuführung der Devisen an die Reichsbank solle schärfer als bisher gesichert werden; es seien vorgesehen: 1. Fakturierung in ausländischer Währung, 2. Abführung von 30 Proz. des Gegenwertes an die Reichsbank, 3. Vorlegung einer Devisenablieferungsverspflichtung bei der Grenzabfertigung, in der der Wert und der Betrag, der abzuführen ist, angegeben werden. Diese Erklärung soll den Beladepapieren beigelegt werden. Die Außenhandelsstellen teilen die Höhe des abzuführenden Betrages, der in Hochvaluta sicherzustellen ist, an die Reichsbank mit.

Die Vertreter der Arbeitnehmer wiesen auf die infolge des neuen Marksturzes eingetretene Verringerung in den Verhältnissen, die den Export begünstigen, hin. Die Spanne, die nunmehr wieder zwischen den Preisen deutscher, mit billigen Arbeitslöhnen und billiger Rohstoffe hergestellten Fabrikaten und den Weltmarktpreisen liegt, läßt nur einzelnen, nicht aber der deutschen Volkswirtschaft zugute.

Dagegen betonten die Vertreter der Industrie und des Handels, die Außenhandelskontrolle sei ein Stück Zwangswirtschaft und lasse sich in einer sonst freien Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten. Selbst bei einem Dollarkurs von dreißigtausend sei die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig, da die Preise der einzelnen Produkte den Weltmarktpreis bereits um zwanzig bis dreißig Prozent überschritten hätten, ehe die neue Entwertung eintrat. Die Preise hätten sich nachweislich über dem Niveau des Weltmarktes gehalten, nur die fortschreitende Entwertung der Mark habe den Wettbewerb mit anderen Ländern ermöglicht. Die Menge der in den letzten Monaten eingegangenen Devisen sei verschwindend gering im Vergleich zu den Vormonaten.

Die Abstimmung über die Aufnahme elektrotechnischer Bedarfsartikel in die Freiliste ergab die Annahme der Vorschläge des Arbeitsausschusses.

Der Berliner Magistrat an die Regierung.

Mit Rücksicht auf die sprunghafte Teuerung der letzten Tage hat der Magistrat der Stadt Berlin an den Reichsfinanzminister, sowie an die Minister des Innern des Reichs und von Preußen folgendes Telegramm gerichtet:

„Die starken Preissteigerungen verursachen Beunruhigungen in der Bevölkerung und in einzelnen Betrieben würde Streiks. Wir ersuchen dringend, die Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu schnellstem positiven Abschluß zu bringen, jedenfalls den Arbeitskampf sofort auszuzahlen.“

Vorläufig keine Kohlenpreiserhöhung.

In der zum Donnerstag einberufenen Sitzung des Reichskohlenrats, die sich mit einer evtl. neuen Erhöhung der Kohlenpreise beschäftigte, sind durch die Bergwerksunternehmer keine Anträge auf Preiserhöhung gestellt worden. Es bleibt also bis auf weiteres bei den alten Kohlenpreisen.

Wie verlautet, soll zwischen dem Reichswirtschaftsminister und der Zechenindustrie ein stillschweigendes Übereinkommen getroffen worden sein, nach dem der Verzicht auf eine sofortige Kohlenpreiserhöhung bei einer kommenden Steigerung der Kohlenpreise in Rechnung gestellt werden soll.

Der Maikrieg in München.

Sittlers Regiment in Kampfstellung.

Obwohl die Maifeier in München selbst unblutig verlaufen ist, sind die nachträglichen Mitteilungen der „Münchener Post“ über den Aufmarsch der hiesigen Regimenter von hohem Interesse für die Beurteilung der Lage, wie sie sich durch die Duldbarkeit der bayerischen Regierung gestaltet hat.

Am Laufe des Montags wurden von nationalsozialistischer Seite ununterbrochen Flugblätter in der Stadt verteilt, in der von der bevorstehenden „marxistischen Revolution“ geschwätzt und die Hafens-

kreuzer als angebliche „Kampfpolizei“ aufgebaut wurden. Welcher Art diese „Kampfpolizei“ Anordnungen waren, zeigte ein kleines rotes Flugblatt der Vaterländischen Kampfbünde, das nur die Worte enthielt: „Achtung! Frauen und Kinder von der Straße weg!“

Aus den zahlreichen ihr in die Hand gefallenen Parolezetteln gibt die „Münchener Post“ den folgenden wieder: **Berein deutscher Männer. München, 29. April 1923. Sektion IV.**

Die sämtlichen vaterländischen Verbände werden den für den 1. Mai geplanten roten Hebergriffen im Einverständnis mit dem Herrn Ministerpräsidenten und im Verein mit Reichswehr und grüner Polizei (die bei Erscheinen mit „Heil“ begrüßt werden) entgegenzutreten. Es sammeln Dienstag, 1. Mai:

- a) die beim Stützpunkt eingeteilten (Klopper 41, Weingärtner 45, Eisele, Lutz, Lohar und Otto 46) und etwaige Freiwilrige um 6 Uhr vormittags vor Haus Nr. 5 der Reichsbachstraße, Kesseler, Sammelknappe (in der Tasche), Kuchel und Verpflegung, Urbinde (in der Tasche), Sportanzug.
- b) alle übrigen Herren 8 Uhr vormittags Turnhalle Nordendstraße, Waffen und Urbinde wie a), kein Gewehr! Einzeln sammeln! Radfahrer Rad mitbringen.

gez. v. Tuffschel.

NB. Montag, 30. dieses Monats, bitte ich in meiner Wohnung, Kiarstr. 2/3, anzufahren, ob Änderungen eingetreten sind. Der Unterzeichner dieses Rundschreibens ist nach Angabe des Münchener Adreßbuches der auch sonst in den nationalsozialistischen Kreisen Münchens wohlbekannte Ludwig Ritter von Tuffschel, Generalleutnant a. D. Erzfeldzug!

Ein weiterer Warnbefehl der Putschisten hatte folgenden Wortlaut:

Dienst Oberland.

Montagabend 7.45 im Hader-Keller, Theresienhöhe, erscheinen. Dienstag früh 4.30 Breitenhoff! Sammeln in den Anlagen vom Maximilianeum. Werkzeug mitnehmen, nicht sichtbar tragen! (folgt Unterschrift)

Wie die „Münchener Post“ mitteilt, ergab eine Kontrolle am Dienstag früh, daß diese Parole genau befolgt war bis auf die Warnung vor dem sichtbaren Tragen des „Werkzeuges“. Die vor dem Maximilianeum blawierenden feldmarschmäßig ausgerüsteten Mannschaften trugen ungeniert ihre Stahlhelme, Gewehre, sogar Maschinengewehre zur Schau.

Die Leitung der Münchener Gewerkschaften, in deren Händen die Organisation der Maikundgebung lag, machte auf die Vorbereitungen der Putschisten alle irgendwie in Frage kommenden behördlichen Stellen aufmerksam und ersuchte vor allem die Polizei um eine Meinungsäußerung über die Sache. Eine solche Meinungsäußerung war aber nur sehr schwer zu erhalten. Die Gewerkschaftsleitung wurde stundenlang eingehalten mit der Auskunft, daß die Beratungen im Ministerrat, der in der gehobenen Abendstunde im Polizeipräsidium zusammentrat, noch nicht abgeschlossen seien. In der Nacht ließ die Regierung Plakate anhängen, in denen sie mitteilte, daß die Behauptung, sie selbst habe die „Vaterländischen Kampfbünde“ als „Kampfpolizei“ aufgebaut, un wahr sei. Die gleiche Erklärung gab sie für den Landeskommandanten und die Polizeidirektion ab.

Am Morgen des 1. Mai sah München dann ein großes Heerlager der Nationalsozialisten. Wie die „Münchener Post“ mitteilt, hatten die Nationalsozialisten ihr erstes Regiment in Stärke von 10 000 Mann alarmiert. Unser Parteiblatt meldet über den militärischen Aufzug weiter:

Die Ausrüstung der Mannschaften war durchaus militärisch. Sie waren in Sägen wie bei der Truppe aufgestellt. Jeder einzelne Mann der Sturmtrupps hatte ein modernes Infanteriegewehr, ferner Patronentaschen und Stoppkugeln. Auch Handgranatenaufstellungen waren aufgestellt. Jeder Mann hatte drei Handgranaten am Gürtel und war außerdem mit einer Pistole ausgerüstet. Schwere und leichte Maschinengewehre sowie Maschinengewehre waren reichlich vorhanden. Sogar eine Batterie leichter Zwölffzenteimer-Feldgeschütze war hinter einer Baumgruppe aufgestellt mit der Zielrichtung auf die Arbeiterstadt hinter der Theresienwiese. Auch Flieger waren bereit, für die Flugblätter in Ballen aufgestapelt waren. Ebenso waren Handkessel vorgegeben.

offenbar für den Fall, daß Gefangene gemacht wurden. Die militärische Oberleitung lag bei Hauptmann Gehring, der den „Pou le mérite“ trug.

Als absolut verbürgt bezeichnet unser Parteiblatt die folgende Mitteilung über die Herkunft der Waffen für die Hitler-Truppen:

„In den frühen Morgenstunden sammelten sich die Sturmtrupps bei Oberwiesenfeld und waren bis 8 Uhr früh im Besitz der Batterie und Maschinengewehre der Reichswehr, die anstandslos an sie abgegeben wurden. Oberst Panzer verhandelte dann mit Hitler und seinem Stabe. Die Verhandlungen dauerten bis Mittag. Die auswärtige Reichswehr hatte bereits Oberwiesenfeld gegen die Stadt abgeperrt, so daß nur noch ein Ausweg nach dem Würmlanal freibleib, wobei die Hitler-Deute unter Juristhilfe der Artillerie und Maschinengewehre abmarschierten. Radmittags bis gegen 4 Uhr fand seine Aufnahmestelle im Englischen Garten. Ingefahr 2500 Mann, bewaffnet zum Teil mit Seitengewehren, mit Parabellumpistolen und Brownings, unter den Wäntern waren Stielhandgranaten sichtbar. Als Kopfbedeckung trugen sie den Stahlhelm. Der Abmarsch erfolgte zwischen 4 und 6 Uhr. Der Bund Oberland sandte aus Löß ein Artilleriegeschütz nach München. Es war an ein Lastauto gebunden. Das Geschütz wurde von der Münchener Schutzmannschaft beschlagnahmt. Mit dem Lastauto wurden 90 Gewehre, sechs Riflen und 30 Stück Stielhandgranaten befördert. Die Bedienung wurde polizeilich interniert.“

Dieser Aufmarsch einer vollständig mit allen modernen Waffen ausgerüsteten nationalsozialistischen Armee hat dann schließlich doch wohl den bayerischen Behörden gezeigt, wie groß die durch stille Duldung und verdeckte Unterstützung geförderte Gefahr geworden sei. Das Angebot auswärtiger Reichswehr und der Landespolizei hat dann wenigstens verhindert, daß es zu einem schweren Blutvergießen kam. Das disziplinierte Verhalten der demonstrierenden Arbeiter und besonders der vortrefflich funktionierende sozialdemokratische Selbstschutz hat das Uebrigste getan, um die Nationalsozialisten vollständig zu isolieren.

Die Bayerische Volkspartei hat jetzt eine Interpellation im Landtage eingebracht, in der sie von der Regierung Auskunft über die Teilnahme von Gymnasialisten an der bewaffneten Hitler-Garde verlangt. Wichtig erscheint uns die Frage, welche Maßnahmen die bayerische Regierung und die Reichsregierung zu treffen gedenkt, um die Bildung von bewaffneten Bänden zu verhindern und die bisherigen Organisatoren dieser Bände zur Rechenenschaft zu ziehen.

Waffenbeschlagnahme in Nürnberg.

Die Waffen stammen von bayerischen Behörden?

Nürnberg, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Stadtratssitzung kamen gewisse Vorgänge zur Sprache, die in Nürnberg großes Aufsehen erregt hatten. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai wurde das Stammlokal der Nationalsozialisten in Bedargen polizeilich ausgedöhnt. Es wurden dort 25 Mann eines nationalsozialistischen Stütztrupps in schwerster Bewaffnung angetroffen. Es wurden drei schwere, zwei leichte, schußfertig gemachte Maschinengewehre, zwei Maschinengewehrpistolen, eine größere Anzahl Infanteriegewehre und 7000 Schuß Runktion beschlagnahmt.

Gesamter Eichenmüller befragte nun in der Stadtratssitzung den Oberbürgermeister Dr. Duppe über die Vorgänge. Dr. Duppe bestätigte, daß eine Waffenbeschlagnahme in dem angegebenen Umfange stattgefunden habe. Er fügte hinzu, es sei noch nicht sicher festgestellt, woher die Waffen stammten. Sollten sie von einer Behörde den Nationalsozialisten geliefert worden sein, so müßte dagegen mit der größten Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Denn dies sei nichts anderes als der Anfang zum Bürgerkrieg. Ein Nachmeister der städtischen Polizei, der unter den festgestellten Personen betroffen worden war, sei sofort entlassen worden. Der Oberbürgermeister richtete zum Schluß an die bayerische Regierung einen scharfen Appell, die Befehle gleichmäßig nach allen Seiten anzuwenden und für den Schutz des Staates, so wie er ist, energisch einzutreten.

Volkshöhne und Oper am Königsplatz.

In einer Reihe von Blättern wird seit einiger Zeit eine rege Propaganda betrieben, die darauf hinausläuft, das Gebäude der ehemaligen Krolloper am Königsplatz, dessen Umbau in diesem Sommer vollendet sein dürfte, der Großen Volksooper A. O. in die Hände zu spielen. Zu dieser Propaganda, die augenscheinlich auf die Große Volksooper selbst zurückgeht, wird uns aus den Kreisen der Volkshöhne C. B. folgendes geschrieben:

Die Volkshöhne C. B. war es, die im Jahre 1919 an die Preussische Staatsverwaltung mit dem Ersuchen herantrat, der Staat möge ihr das Grundstück der ehemals Krollischen Oper für den Umbau der Volkshöhne C. B. gegen eine verhältnismäßig niedrige Pacht überlassen, wogegen diese die Verpflichtung übernahm, das Haus mit möglichstster Beschleunigung zu einem neuen großen Volkstheater mit mindestens 2000 Plätzen umzugestalten, und in dem ferner festgelegt war, daß gegen eine angemessene Entschädigung durch die Kräfte der Staatstheater wöchentlich drei Opern- und vier Schauspielvorstellungen sowie eine Sonntagsnachmittagsaufführung vorzustellen zu veranstalten wären.

Das Projekt fand bei der Staatsverwaltung von vornherein grundsätzliche Zustimmung. Nach längeren Verhandlungen kam Anfang 1920 ein Vertrag zustande, der das Grundstück auf 25 Jahre der Volkshöhne C. B. gegen eine verhältnismäßig niedrige Pacht überließ, wogegen diese die Verpflichtung übernahm, das Haus mit möglichstster Beschleunigung zu einem neuen großen Volkstheater mit mindestens 2000 Plätzen umzugestalten, und in dem ferner festgelegt war, daß gegen eine angemessene Entschädigung durch die Kräfte der Staatstheater wöchentlich drei Opern- und vier Schauspielvorstellungen sowie eine Sonntagsnachmittagsaufführung vorzustellen zu veranstalten wären.

Selber war es nicht möglich, den ursprünglichen Plan so rasch und so vollkommen in die Wirklichkeit umzusetzen, wie zunächst gehofft wurde. Von der Volkshöhne mit der Stadt Berlin eingeleitete Verhandlungen, diese für ein Baudarlehen zu interessieren, und später dann die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung ließen die Arbeiten am dem Umbau nicht in dem beabsichtigten Tempo fortschreiten. Dann nahm die Geldentwertung derartige Dimensionen an, daß die Mittel nicht mehr ausreichten, während zugleich die Möglichkeiten, größere Darlehen heranzuziehen, außerordentlich gering wurden.

Immerhin wurde mit allen Kräften an der Fertigstellung des Umbaues gearbeitet und die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung wurden schließlich dadurch gelöst, daß nach langwierigen Verhandlungen mit dem Preussischen Staat der ursprüngliche Vertrag eine Änderung erfuhr, der die rasche Fertigstellung des Baues sicherte. In diesem Vertrag übernahm die Preussische Staatsverwaltung es, der Volkshöhne die noch zur Fertigstellung des Theaters benötigten Mittel als Darlehen zu gewähren. Gleichzeitig erklärte sie sich bereit, ein Darlehen zu gewähren, in dem fertigestellten Hause lediglich Vorstellungen der Staatsooper gegen zu werden. Für dieses Entgegenkommen erklärte sich die Volkshöhne ihrerseits bereit, das Haus so-

fort nach Fertigstellung in den Besitz und die Bewirtschaftung des Staates gelangen zu lassen, gegen Erlass der von ihr investierten Kapitalien, freilich in einer außerordentlich entwerteten Marktwährung. Sie begnügte sich mit der Zusage, für einen Zeitraum von 25 Jahren in jeder Vorstellung gut die Hälfte der verfügbaren Plätze zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen für ihre Mitglieder zu erhalten.

Die Große Volksooper A. O. war an der Idee des Umbaues der ehemals Krollischen Oper völlig unbeteiligt. Sie wurde 1919 begründet, um ein eigenes großes Opernhaus für 4000 Zuschauer zu errichten, für das zunächst ein Platz in Schöneberg, später an der Rennstraße, in Aussicht genommen war. Als sich dann freilich zeigte, daß dieser Plan in absehbarer Zeit undurchführbar sein würde, erklärte sie sich bereit, der ihr befreundeten Volkshöhne einen Teil des inzwischen eingegangenen Aktienkapitals — 2 Millionen Mark — auf einen Zeitraum von höchstens 5 Jahren als Darlehen für den Kroll-Umbau zur Verfügung zu stellen. Dafür sicherte die Volkshöhne ihr zu, den Aktionären der Großen Volksooper in jeder Opernvorstellung ihres Hauses 120 Plätze zu beträchtlich ermäßigten Preisen zu überlassen. Mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen wurde es die Volkshöhne auch, daß die Große Volksooper in der Krolloper ihr Bureau einrichtete, was dann freilich in der Öffentlichkeit vielfach den Eindruck erweckte, daß die Große Volksooper eigentlich die Unternehmern des Umbaues sei.

Ende 1922, als die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung für die Volkshöhne außerordentlich groß geworden waren, an die Frage großer Darlehen durch den Staat aber noch nicht gedacht werden konnte, erklärte sich die Große Volksooper ferner bereit, eine ihr zur Verfügung gestellte Summe von 100 000 Dollar der Volkshöhne als weiteres Darlehen zu geben. Diesmal machte sie aber zur Bedingung, daß ihr außer einer Verzinsung der Summe auch die Bewirtschaftung des neuen Theaters am Königsplatz übertragen würde. Hatte sie doch inzwischen zwar nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ein eigenes neues Opernhaus errichtet, aber durch Pachtung des Theaters des Westens eine Möglichkeit erhalten, einen selbständigen Opernbetrieb zu eröffnen. Die Leitung der Volkshöhne C. B. nahm dieses Anerbieten der Großen Volksooper A. O. mit recht gemischten Gefühlen auf. Seine Annahme müßte einen Verzicht auf die ursprüngliche Idee des Unternehmens am Königsplatz bedeuten, einen Verzicht auf den Plan, dadurch die Vorstellungen der Staatsooper den 150 000 Mitgliedern der Volkshöhne nutzbar zu machen. Andererseits aber schienen die 100 000 Dollar der Großen Volksooper die alleinige Möglichkeit zu bieten, den Umbau überhaupt zu Ende zu führen und die bereits investierten vielen Millionen zu retten. Unter diesen Umständen wandte man sich an die Staatsverwaltung mit einer Anfrage, ob dort eventuell Günstigkeit zu einer Vertragsänderung bestehen würde, auf Grund deren die Volkshöhne die Bewirtschaftung und Bespielung des Hauses am Königsplatz der Großen Volksooper übertragen könnte. Die Staatsverwaltung lehnte eine derartige Vertragsänderung ab, da sie nicht nur für die Volkshöhne, sondern auch für die Regierung eine völlige Aufgabe der ursprünglichen Absichten bedeutete hätte. Man beließ es aber nicht bei dieser Ablehnung, sondern wies jetzt den Weg zu dem neuen Vertrag, der bereits oben erwähnt wurde.

Daß die Leitung der Volkshöhne unter diesen Umständen auf das 100 000-Dollar-Angebot der Großen Volksooper verzichtete, braucht wohl nicht weiter dargelegt zu werden. Der abgeänderte Vertrag mit der Staatsverwaltung gibt ihr die Möglichkeit, das durchzuführen, was mit dem Umbau von allem Anfang an beabsichtigt war. Es ist sogar das erreicht, was ursprünglich besonders gewünscht wurde: die Mitglieder des Vereins werden in dem Hause am Königsplatz lediglich Opernvorstellungen erhalten. Uebrigens entloset der neue Vertrag die Volkshöhne von jedem Risiko der Betriebsführung.

Die Große Volksooper ist nun ungehalten, daß sie nicht in das Haus am Königsplatz einziehen darf. Man wird das verstehen angesichts der Tatsache, daß sie im Theater des Westens mit relativ geringen Mitteln tatsächlich Beachtliches zustande gebracht hat und daß für sie die Gefahr besteht, nach einem Jahr weiterer Wirksamkeit den Betrieb wieder auflösen zu müssen, da der Pachtvertrag abläuft. Aber es ist doch eine unumgängliche Zumutung an die Preussische Staatsverwaltung und an die Volkshöhne, daß diese sich nunmehr bereit erklären sollen, das Haus am Königsplatz der Großen Volksooper zu überlassen. Für die Staatsverwaltung würde das die Unmöglichkeit bedeuten, durch eine verhältnismäßig geringe Verstärkung des derzeitigen Opernpersonals sich nahezu eine Verdoppelung der Einnahmen zu verschaffen und zugleich die Staatstheater mehr zu „popularisieren“. Für die Volkshöhne würde die Bewirtschaftung des Hauses durch die Große Volksooper, selbst wenn diese ihren Mitgliedern die gleiche Anzahl von Plätzen zur Verfügung stellen wollte und die gleich günstigen sonstigen Bedingungen zusichern würde, den Verzicht auf künstlerische Darbietungen bedeuten, die doch in jedem Falle höher zu werten sind als das, was die Große Volksooper bieten kann. Gerade die durch den jetzigen Vertrag gegebene Möglichkeit, jedem Mitglied alljährlich auch zwei bis drei Vorstellungen der Staatsooper zugänglich zu machen, bedeutet für die Volkshöhne ein wichtiges Propagandamittel. Seine Aufgabe würde für sie also auch eine materielle Schädigung darstellen. Schließlich ist doch auch festzustellen, daß die Große Volksooper niemals für eine gesicherte Fortführung der Vorstellungen eine solche Gewähr bieten kann, wie sie ein Staatstheater bietet. (Schluß folgt.)

Der Reichspräsident hat das Ehrenprofilat über den 18. internationalen Eiderentenkongress in Nürnberg angenommen.

Der Liebermann-Soal im Kronprinzenpalais hat jetzt eine schöne Bereicherung erhalten: die Galerie hat das Bild der Prinzessin v. Bebes war. Die Neuvererbung gehört in die Reihe der vorberühmten Arbeiten Liebermanns für sein berühmtes Bild mit dem gleichen Thema, das in der Galerie des Stadel in Frankfurt a. M. hängt.

„Bild und Buch“. Wilhelm Nr. 69. Malausstellung: „Kunst und Landschaft in Schwaben“. Aufnahmen von Dr. Otto Rössen, Stuttgart. Wochenschrift 9-6 Uhr. Eintritt frei.

Das Deutsche Konsulnrecht in Kassel. Das alljährliche Deutsche Konsulnrecht des von Franz Vögtl gegründeten Allgemeinen Deutschen Konsulnrechts wird in diesem Jahre vom 8. bis 18. Juni in Kassel abgehalten werden. Es werden mehrere interessante Werke fast unbekannter junger Verfasser, wie Bunting, Betscher, Arndt, Zissen und Kaminski aufgeführt werden. Neben diesen Büchlein kommen schon bekannte neuzeitliche Komponisten, wie Bernhard Selles, Schütz, Erbhausen, Dausseger, Braunfels und Max Meyer (dieser mit einem hochinteressanten, ungewöhnlich komplizierten Chorwerk „Der Gesang der Verkörnten“) zu Wort.

Der Krupp-Prozess.

Heute beginnt die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts gegen Herrn v. Krupp-Halsbach, die mitangeklagten Betriebsleiter und das Betriebsratsmitglied Müller. Die Mitbereinziehung des letzteren in den Prozess wirkt als eine Ueberraschung, da die französische Anklagebehörde zunächst bestrebt schien, sich bloß an die wirtschaftlichen Gegner der Arbeitnehmer zu halten, diese selber aber nicht zu reizen. Indem sie diesen Standpunkt verlassen hat, hat sie zugegeben, daß die beabsichtigte Scheidung nicht haltbar ist, und sie hat selber das Märchen zerstört, daß die Arbeiter von den Krupp-Direktoren in das Feuer der französischen Gewehre hineingetrieben worden seien.

Dieses Märchen verdankt — das muß leider ausgesprochen werden — seine Entstehung einer Denunziation, die von dem kommunistischen „Ruhr-Echo“ verübt worden ist, die aber von den meisten Kommunisten entschieden mißbilligt wurde und zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Partei des Ruhrgebietes Anlaß gab. Es ist festgestellt, daß das Ziehenlassen der Sirenen, das eine „Gefährdung“ der französischen Truppen verursacht haben soll, einem im ganzen Revier allgemein getroffenen Abkommen zwischen Arbeitern und Unternehmern entspricht. Auch in diesem besonderen Fall war die Alarmierung der Arbeiter keineswegs auf die Initiative der Betriebsleiter zurückzuführen.

Mit Recht und Gerechtigkeit hat dieses Verfahren nicht das geringste zu tun. Es ist nur ein Glied in der Kette des Versuchs, die Bevölkerung des Ruhrgebietes durch den weißen Schrecken des Militarismus mirbe zu machen. Darauf in dieser Stunde hinzuweisen, scheint uns notwendig. Es ist begreiflich, daß man im Ausland das kritisiert, was man die Ungeschicklichkeiten und den falschgewählten Ton der deutschen Note nennt — auch wir hätten uns diese Note in manchen Punkten anders vorstellen können. Aber unbegreiflich und schändlich wäre es, wenn man irgendwo draußen in der Welt nur auf deutscher Seite Fehler finden, über die Verbrehen des französischen Militärregiments an der Ruhr aber, das vom Mord zum Justizmord schreitet, liebevoll hinwegsehen wollte. Man möge kritisieren, was die deutsche Regierung tut, aber man möge daneben nicht vergessen, was dem deutschen Volk angetan wird!

Degoutte befiehlt.

Essen, 3. Mai. (WZB.) Der passive Widerstand, der alle Bevölkerungsteile in gleichem Maße bezieht und der von Tag zu Tag nicht nur nicht abnimmt, sondern immer stärker wird, hat den kommandierenden General Degoutte veranlaßt, die Verfügung Nr. 33 zu veröffentlichen, die folgendes besagt: Artikel 1. Jede Person, die die von der Interalliierten Kommission der Fabriken und Bergwerke erlassenen Anordnungen, Kohlen, Koks oder jeden anderen Stoff zu liefern, nicht befolgt, hat eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und eine dem doppelten Wert der verlangten Lieferung gleiche Geldstrafe oder eine dieser beiden Strafen verwahrt, jedoch darf die Geldstrafe nicht weniger als 10 Millionen Mark betragen. Artikel 2. Jede Person, die innerhalb fünf Tagen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, die ihr von der Interalliierten Kontrollkommission der Fabriken und Bergwerke zugestellten Lieferungsanordnungen nicht befolgt, hat die im vorhergehenden Artikel angeführten Strafen verwahrt. Artikel 3. Befehl, daß jede Person, welche durch irgendwelche Handlungen die Ausführung rückständiger Lieferungen hindert oder aussetzt oder dies zu tun versucht, die in Artikel 1 erwähnten Strafen verwahrt habe. — Nach einer weiteren Verordnung darf ohne vorherige Ermächtigung der Militärbehörde in Zukunft keine neue Zeitung und keine neue Zeitschrift mehr erscheinen. Soll eine neue Zeitung oder eine neue Zeitschrift herausgegeben werden, so muß der Herausgeber an den Generalkommandanten eine Division ein Gesuch richten, in dem die Namen der sämtlichen Redakteure, der Sitz der Geschäftsräume, der Platz der Druckerei und die Adressen der Verleger usw. angegeben sind. Binnen 20 Tagen wird dann entschieden sein, ob die Zeitung oder Zeitschrift erscheinen darf oder nicht.

Französische Straßenräuber.

Horst-Emscher, 3. Mai. (WZB.) Wiederum sind gestern abend auf der Industriestrasse sechs Bürger der Gemeinde unter Vorkommen von Revolvern von zwei französischen Soldaten herabgefallen. Drei des Weges daherkommende Arbeiter, Maschinenschlosser Wiegendorf, Bergmann Rasch und Bohrarbeiter Rüdowill, die unabhängig voneinander heimkehrten, wurden von dem einen der beiden Soldaten, der etwas mehr angetrunken war als der andere, festgehalten und zunächst um 20 000, dann um 10 000 und schließlich um 3000 M. angegangen. Währenddem kamen drei katholische Geistliche, Pfarrer Beugers von der Laurenz-Pfarr mit den beiden Kaplanen Elmiser und Gassling ebenfalls an der Stelle vorbei. Auch sie wurden angehalten und mit den drei Erwähnten gemeinsam in eine häusliche getrieben. Man forderte auch von ihnen 3000 M. Als die Franzosen darauf hingewiesen wurden, daß sie Priester seien, hielten sie ihre Revolver noch drohend auf sie. Erst als sie jeder 3000 M. bezahlt hatten und Rüdowill alles Geld abgegeben hatte, was er besaß, konnten sie gehen. Mit diesen sechs Überfällen ist die Zahl ähnlicher Straßenräuberereien in den letzten drei Wochen auf elf gestiegen. Ammann Dr. Schumacher hat in einem energisch gehaltenen Schreiben an die Ortskommendantur auf das Unhaltbare dieser Zustände unter Mitteilung des Vernehmungsprotokolls der vorerwähnten Fälle erneut hingewiesen. Die aufs äußerste erregte Bevölkerung erwartet Wohnstätten der französischen Behörden, die wirksamer sind als die bisher getroffenen.

Sprengungen im Ruhrgebiet.

Essen, 3. Mai. (WZB.) Von unbekanntem Täter wurden am 2. Mai an der Straße Mengede — Rangel in der Nähe von Mengede Gleisprengungen vorgenommen.

Steckrade, 3. Mai. (WZB.) In der Nacht vom 1. zum 2. Mai wurde von unbekanntem Täter auf einen fahrenden Militärtransport im Amtsbezirk Hattlingen eine Bombe geworfen. Der Amtmann des Bezirks ist als Geisel festgenommen worden.

Essen, 3. Mai. (WZB.) Heute früh gegen 7 Uhr erfolgte am Bahnhof Essen-Süd an der Eisenbahnbrücke der Töpferstraße eine Explosion. Nach den bisherigen Feststellungen wurden die Telegraphenleitungen an der Bahn zerstört und die Stangen umgerissen.

Die Eisenbahnervertreibungen.

Köln, 3. Mai. (WZB.) Die Inhaber der 198 Mietwohnungen der Hauptwerkstätte Arefeld, Verbindungspunkt Oppum, haben Befehl erhalten, die Wohnungen zu räumen. In Troisdorf wurden ohne vorherige Ankündigung 35 Familien aus ihren Wohnungen ausgewiesen. Die Bewohner durften nur mitnehmen, was sie auf dem Leibe trugen. Möbel, Kleider und Wäsche mußten sie zurücklassen.

Abrechnung mit den Kommunisten.

Landtagsdebatte über die mitteldeutschen Unruhen.

Präsident Deinert eröffnete die gestrige Sitzung des Landtages mit einer Ansprache, in der er des 70. Geburtstages des ersten Vizepräsidenten Dr. Porzsch mit warmen Worten gedachte.

Abg. Dr. Porzsch dankte für die Begrüßung. Zur Beratung steht der Antrag der Kommunisten vom 23. Februar 1923:

In den vom Untersuchungsausschuss über die Unruhen in Mitteldeutschland dem Landtag vorgelegten Druckfachen werden Tatsachen festgestellt, aus denen sich ergibt, daß behördliche Organe, insbesondere die Schupolizei, vor, während und nach den Kämpfen in erheblichem Umfange schwere Geschwändigkeiten begangen haben. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, die schuldigen behördlichen Organe zur Verantwortung zu ziehen.

Zugleich beraten wird der zum Haushalts des Innern vom Hauptauschuss beantragte Entschließungsantrag: „Soweit in den betreffenden Druckfachen Beschlüssen einzelner Beamter der Schupolizei festgestellt worden sind, wird das Staatsministerium beauftragt, die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen.“ Die Redezeit beträgt für jede Fraktion eine Stunde.

Abg. Ailian (Komm.) begründet ausführlich den Antrag.

Abg. Heilmann (Soz.):

Der Untersuchungsausschuss wurde während des größten Teiles seiner Arbeiten von meinem Parteifreund Kuttner geleitet. Auf diese Führung verzichtete Kuttner erst, als die widerliche Verleumdungshehe gegen ihn eingeleitet hatte. (Lärm bei den Kommunisten.) Diese Hehe hatte inzwischen dazu geführt, daß durch das Urteil des Gerichtes die Verleumdungen gegen Kuttner als Verleumdungen festgestellt wurden. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Verlauf des Prozesses hat gezeigt, daß man nicht davor zurückschreckte, unter dem Hinweis auf das bekannte Buch Kuttners über die Klassenjustiz das Gericht zu einem Urteil gegen Kuttner zu verführen. (Lärm bei den Kommunisten.) Allein auch diese schändlichen und erbärmlichen Mittel haben es nicht hindern können, daß Kuttner nach Lage der gesetzlichen Möglichkeiten Genugtuung wurde. (Lärm bei den Kommunisten.) Alles Geschrei und Toben ändert nichts daran, daß von der Verleumdung gegen Kuttner nichts, gar nichts übriggeblieben ist. Es muß hervorgehoben werden, daß auch die anständigen Elemente auf der linken Seite von der Hehe abtrüben. Kollege Busch teilt für sich und im Auftrage von Lebebour mit, daß sie mit der Hehe gegen Kuttner nichts zu tun haben wollen.

Den Untersuchungsausschuss selbst haben wir nicht für notwendig gehalten. Wir waren von vornherein überzeugt, daß die Vorwürfe gegen Severing und seine Mitarbeiter unbegründet waren. Selbstverständlich waren wir dafür, daß alle bei den mitteldeutschen Unruhen vorgekommenen Verbrechen im ordnungsmäßigen Weg untersucht und geahndet werden. Schließlich wollten wir auch nicht den Anschein aufkommen lassen, als ob es irgend etwas zu vertuschen gab. Gleichwohl haben heute sicherlich alle Teilnehmer des Untersuchungsausschusses den Eindruck, daß eine ungeheure Arbeit nutzlos verian wurde. Der Zustand an Zeit und Mitteln ist nicht gerechtfertigt. (Zwischenruf bei den Kommunisten.) Ihre Zwischenrufe zeigen, daß Sie über den wirklichen Ursprung des Untersuchungsausschusses wenig wissen. Der Ausschuss wurde doch eingeleitet auf Antrag der Deutschnationalen und nicht auf Antrag der Kommunisten. Es sollten ja bekanntlich die Beschlüsse der Verwaltung festgesetzt werden.

Und das Ergebnis nun? Es hat sich ergeben, daß von den Anklagen gegen die neuen Männer in der Verwaltung nichts übrig geblieben ist.

Man wollte die Männer der alten Zeit, z. B. Herrn v. Gersdorf gegenüber Severing und Hörsing in einem besonders glänzenden Licht erscheinen lassen. Es kam aber anders. Es war so Herr v. Gersdorf, der die Grundlage für das Amnestieverfahren gelegt hat, und es war Herr v. Gersdorf, der Pämien für die Waffenablieferung ausgeben wollte. Man hatte den Polizeipräsidenten von Halle angefordert, weil er eine kommunistische Demonstration für die Märzgefallenen zugelassen hat, aber man hat Herrn v. Gersdorf vergesen, der diese Demonstration gestattete. Wenn also morgen über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen Severing abgestimmt wird, so mögen die Deutschnationalen vorher vielleicht einen Augenblick an den Fall Gersdorf und an ihren eigenen Reifall denken.

Die Ausländerfrage bei den mitteldeutschen Unruhen war schnell und leicht erklärt. Wir haben in Mitteldeutschland infolge der förmlichen industriellen Entmischung auch viele fremde Arbeiter, ähnlich wie wir früher schon solche fremde Arbeiter in der Industrie und in der Landwirtschaft gehabt haben. Die Waffenlager sind vom Kommissar Peters selbst in das Reich der Fabel verwiesen worden. Und das Funktionieren der Behördenorganisation? Kleine Reibungen, gewiß, aber die kommen überall vor und waren nicht wesentlich. Im ganzen wurde festgestellt, daß die Behördenorganisation nicht schlecht gearbeitet hat.

Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte usw. sind gut unterrichtet gewesen, jedenfalls die, die mit den mitteldeutschen Unruhen zu tun hatten. Natürlich wurde auch manche Information mündlich gegeben. Das war unvermeidlich und selbstverständlich. Alle angegriffenen Beamten sind durch Untersuchung gerechtfertigt worden. Einige Offiziere, die sich in die neuen Verhältnisse vielleicht etwas schwer einleben, haben mit dem Justizkommissar Kunemann nicht so zusammengebeimelt, wie es notwendig war, andere Offiziere wiederum um so besser. Auch die Angriffe gegen die neuen Landräte haben sich als unbegründet erwiesen. Der Vorwurf gegen den Landrat Rasparel (Sangerhausen) war mindestens stark übertrieben. Das Einzige, was man ihm vielleicht vorwerfen konnte, war, daß er sich zu passiv verhielt. Seine angebliche Vorbestrafung durch das Kriegsgericht hat sich als Populäre herausgestellt, und seine aufrührerischen Reden sind nie gehalten worden. Wenn einzelne Amtsvorsteher an dem Aufstand teilgenommen haben, so sind sie zur Rechenschaft gezogen worden.

Dem Rapp-Paisch haben sich jedenfalls viel mehr hohe Beamte als unzuverlässig erwiesen. Und nun das eigentliche Thema des Herrn Ailian: die Mißhandlungen und Erzesse! Es wurde festgestellt, daß an diesen Erzessen und auch an den Massenerschießungen hauptsächlich Düsseldorf, der Schupolizei beteiligt war, nicht die Mitteldeutschlands. Was hier zur Klarstellung vom Untersuchungsausschuss getan werden konnte, ist geschehen. Alle 25 Zeugen der Kommunisten sind gehört worden. Wenn jetzt gerichtliche Freisprüche bei verschiedenen Fällen erfolgten, so haben wir nicht gegögert, diese Freisprüche als Freisprüche zu bezeichnen. Unserer Ueberzeugung nach liegen zweifellos verschiedene Morde vor. Wenn wir dürfen nicht vergessen, daß verschiedene Zeugen, die wir vor dem Untersuchungsausschuss gehört haben, beim Volakstermin verjagt haben. Jedenfalls verlangen wir von der Regierung Verfolgung und Bericht über alle diese Fälle. Die Regierung muß für gerichtliche Feststellungen sorgen.

Es sind schreckliche Dinge, Grausamkeiten und Brutalitäten aller Art auf beiden Seiten vorgekommen, aber wir dürfen nicht die Frage vergessen: Wer trägt letzten Endes die Verantwortung für alle diese Schandthaten? Doch nur die, die den Bürgerkrieg entsetzt haben. Deshalb war die lange Rede des Herrn Ailian letzten Endes für den Wissenden nichts anderes als eine Selbstanklage der Kommunisten. (Lofender Lärm bei den Kommunisten.) Der Aufruhr in Mitteldeutschland geht in seinen Wurzeln weit zurück. Bereits im Sommer

1920 ging die kommunistische Partei daran, den „Offensivgeist“, wie sie es nannte, zu entwickeln. Sie handelte dabei auf einen Befehl von Rostau. Rußland brauchte damals infolge seiner Mißerfolge gegen Polen eine Entlastungssoffensive. Deshalb wirkten bei der Begründung der illegalen Kampforganisationen unter den deutschen Kommunisten auch russische Abgesandte mit. Die russischen Kommissare in Mitteldeutschland waren beim Aufruhr nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Solche Kommissare waren auch Sembke und Bawiski. Vor allem aber war Karl Kadel der Berater der deutschen Kommunisten gewesen. Er war auch der Vater der Offensivtheorie. Im März 1921 wurde dann Kadel durch Bela Kun ersetzt, dessen Massenmorde unter der Arbeiterkassette berüchtigt sind. Aber die Zentrale der Dritten Internationale hatte noch einen Rest von Gewissen und deshalb ging zugleich mit Bela Kun ein Schreiben an Brandler nach Deutschland. Darin hieß es, daß, wenn Bela Kun zu Maßnahmen dränge, die nicht zu billigen seien, sofort ein kiffriertes Telegramm nach Rostau geschickt werden solle. Dieses Telegramm hatte Brandler fertig in der Tasche, als er zu der Entscheidungssitzung am 17. März 1921 ging.

Abg. Schölen (Komm.): Von wem wissen Sie das alles? (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Heilmann (fortfahrend): Wenn Herr Schölen es besser weiß, mag er seine Kenntnisse hernach mitteilen. In dieser Sitzung ist die Offensive beschlossen worden. Es ging dabei so zu:

Bela Kun hielt ein Referat über die auswärtige Lage und erklärte, die Dinge hätten sich revolutionär zugespitzt und die Situation sei zum Loschlagen günstig. Da erhob sich Brandler, aber nicht um zu bremsen, sondern um die Rede Bela Kuns noch zu überscharfen.

Abg. Schölen (Komm.): Das ist eine Äußerung! Vizepräsident: Wenn Sie dabei waren, Herr Schölen, können Sie hernach berichten.

Abg. Heilmann (fortfahrend): In der Rede Brandlers war die Rede davon, daß auch ein Krieg zwischen Amerika und Japan vor der Tür stehe und also die Lage im allgemeinen zum Loschlagen günstig sei. Diese Rede Brandlers veranlaßte später Levi, zu erklären, daß an der Spitze der kommunistischen Partei damals ein Mann gestanden habe, der besser in eine Kalkwasserhekanstalt gehört hätte. In der „Kommunistischen Internationale“ schrieb der Reichstagsabgeordnete Frölich, die Partei habe die Aktion erst nach Ötern beginnen wollen, daran sei sie aber durch die Provoaktion Hörsings verhindert worden. Und in einer Broschüre, die auf Befehl Stöckers wieder eingestampft wurde, erklärte Thalheimer, der Kampf in Mitteldeutschland sei ein „offensives Vorkampfgeschäft“ gewesen und habe die Einleitung zu einer Reihe von Aktionen bilden sollen. Die Oberleitung wurde Stöcker und Brandler übertragen. Herr Stöcker verlangte damals auf der Sitzung, daß ihm und Brandler, da sie beide ja auch nur Menschen seien und auch einmal schlafen müßten, ein Chaiselongue zur Verfügung gestellt werde. Vom Kanopee aus haben also dann Brandler und Stöcker Tausende von Arbeitern in Rot, Tod und Glend geschickt. (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.) Seit dem 18. März brodte die „rote Fahne“ jene bekannten Kulte mit dem immer wiederkehrenden Schlagwort: „Mit der Waffe in der Hand!“ Dieses Schlagwort war durchaus unmissverständlich.

Die Sprengstoffkassette wurden von der kommunistischen Partei planmäßig organisiert und der Organisator heißt Eberlein.

Das Attentat auf die Berliner Siegesflut ist zwar nicht von Eberlein, aber von Bela Kun begünstigt worden. Alle diese Sprengstoffkassette in den verschiedensten Städten sollten reizen. Bela Kun stand mit der KPD in Fühlung und nur so war das Austreten von Max Hötz möglich. In der kommunistischen Zentrale hat man dann über den Abbruch des Kampfes beraten. Thalheimer und Stöcker wollten den Abbruch, sie ließen aber wieder um, als ein Mitglied der Zentrale mit der Faust auf den Tisch schlug und für die Fortsetzung des Kampfes eintrat. Dieses Mitglied war Herr Eberlein. (Wüder Lärm bei den Kommunisten.)

Sie mögen schreien und loben wie Sie wollen, Sie schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Aufruhr in Mitteldeutschland das Werk gewissenloser Buben war. (Ungeheurer Lärm bei den Kommunisten.) Aber es waren nicht alle Kommunisten für diesen Aufruhr. So war z. B. Herr Ailian einer der entschiedensten Gegner und der geschworene Feind dieses Aufruhrs. Und deshalb haben die Kommunisten ihn hierher auf die Tribüne geschickt, um über den mitteldeutschen Aufruhr zu sprechen. Deutsch haben sie auf diese Weise ihr schlechtes Gewissen verrotten. Allen denen aber, die sich unter den Kommunisten noch ein Gewissen bewahrt haben, rufen wir zu, was so viele russische Arbeiter den Nachhabern in Rußland zurufen:

Schändet nicht die Lehren von Karl Marx und treibt nicht die Massen weg vom Sozialismus.

(Starker Beifall im Haus, besonders bei den Sozialdemokraten, Lärm, Schreien und Pfeifen bei den Kommunisten.)

Abg. Schulz-Reußlin (Komm.) verlangt zur Geschäftsordnung, daß der Innenminister und der Justizminister sofort vor dem Landtag erscheinen, um sich zu verantworten wegen der ungesühnten Worttaten.

Der Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.)

Freitag 12 Uhr Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen Minister Severing. Kleine Vorlagen. Fortsetzung der Besprechung über die mitteldeutschen Unruhen. Schluß 6.15 Uhr.

Ein Rückzug.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft des Reichstags hat sich zu einer Widerung des Antrags Stresemann wegen Bestrafung der Versammlungsypren-gung entschlossen. Der Antrag soll jetzt folgende Formulierung erhalten:

„Wer in nicht verbotenen Versammlungen oder bei nicht verbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen, wird mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser beiden Strafen bestraft.“

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft legt Wert darauf, festzustellen, daß dieser Vermittlungsvorschlag kein Verlegenheitsprodukt und nicht auf den sozialdemokratischen Kampf gegen den ursprünglichen Antrag zur Einfügung eines § 107a des Strafgesetzbuches zurückzuführen ist. Diese Feststellung ändert nichts daran, daß die Aenderung auf besonderen Wunsch der Demokraten und des Zentrums erfolgte, die dem Antrag jede Schärfe nehmen wollten. Die sozialdemokratische Fraktion wird am Freitag zu dem neuen Entwurf Stellung nehmen.

Das Wahlsprüngengericht beim Reichstag kam endgültig zu dem Urteil, daß die Verteilung der Abgeordneten auf die Reichswahlloosordnungen ordnungsgemäß erfolgt ist. Damit ist die Tätigkeit des Wahlsprüngengerichtes für die laufende Wahlperiode abgeschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Teuerung.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer zum erstenmal wöchentliche Rezhiffern der Kleinhandelspreise. Die Grundlage unterscheidet sich von den Reichsindexziffern. Der Verbrauch ist der einer vierköpfigen (statt fünfköpfigen) Arbeiterfamilie. Außerdem beschränkt sich die „Industrie- und Handelszeitung“ auf die Untersuchung der Lebenshaltungskosten in Berlin, während die Ziffern des Reichsstatistischen Amtes sich auf 71 Städte beziehen. Die in Betracht gezogenen Ausgaben unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten von denen, die bei der Reichsindexziffer berücksichtigt werden. So sind die Lebensmittelrationen zum Teil wesentlich andere, vielfach geringere. Das gleiche gilt von den Ausgaben für Bekleidung und Heizung. Andererseits stellen die Rezhiffern der „Industrie- und Handelszeitung“ im Gegensatz zu den Reichsindexziffern auch die kulturellen Ausgaben sowie die Ausgaben für den Verkehr in Rechnung. Schließlich ist noch zu bemerken, daß diese Rezhiffern sich nicht nur auf zwei Stichtage im Monat beziehen, sondern von Tag zu Tag aufgenommen werden. Unter dem Gesichtspunkte der Veränderungen in den Teuerungsvhältnissen — und dieser ist jetzt der wesentlichste — sind diese Rezhiffern also ungleich wertvoller als die Reichsindexziffern.

Nach diesen Berechnungen hat sich im Durchschnitt des Monats April eine Verteuerung um 6,5 Proz. gegenüber dem März durchschmitt ergeben, und zwar stieg die Rezhiffer des gesamten Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit von dem 2809fachen im Monat März auf das 2993fache im April. Diese Ziffern sind allerdings in der letzten Aprilwoche ganz erheblich erhöht worden. In den vier Wochen betrug die Rezhiffer nacheinander 2910, 2869, 2891 und schließlich in der letzten Aprilwoche 3073. In den letzten Apriltagen, vom 28. bis 30., stiegen die Lebenshaltungskosten auf das 3224fache. Diese sprunghafte Teuerung, eine Folge der Börsenspekulation und der rücksichtslosen Ausplünderung der Verbraucher-massen durch die Warenbesitzer, muß zu den schwersten wirtschaftlichen Komplikationen führen.

Es liegt im Interesse aller Arbeiter, sich geschlossen um ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu scharen, die allein imstande sind, ihnen einen wirksamen Schutz gegen diese Ausplünderung zu gewähren. Die Preisentwicklung der letzten Wochen zeigt aber andererseits mit handgreiflicher Deutlichkeit, daß die auch von der Reichsregierung aufgestellte Behauptung, die Teuerung sei eine Folge der Lohnsteigerung, ein dummer Schwindel ist. Wer wird das jetzt noch zu behaupten wagen?!

Reichsausschuß der Rechtsanwaltsangestellten.

Dieser Tage fand in Berlin eine Reichsausschuss-Sitzung der im Zentralverband der Angestellten (ZdA.) organisierten Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten statt. Die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Kollegen gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß es endlich gelungen sei, die gewerkschaftliche Einheitsfront der Anwaltsangestellten herzustellen. Diese Einigung sei bei den Anwaltsangestellten um so notwendiger, als hier mit dem Widerstand einer ungewöhnlich tarifeindlichen Arbeitgebergruppe zu rechnen ist. Der Ausschuss beriet Fragen der Tarifpolitik und der gesetzlichen Regelung der Berufsverhältnisse.

Völlige Einmütigkeit herrschte darüber, daß den Anwälten, die bei der Durchführung der Grundzüge des neuen Arbeitsrechts an Rückständigkeit kaum noch überboten werden können, die Zulassung zu den Arbeitsgerichten im Interesse der ganzen Arbeitnehmerenschaft zu verweigert werden müsse. Der Verband hat die Reichsregierung und verschiedene Landesregierungen aufgefordert, der wirtschaftlichen Verelendung der Anwaltsangestellten und der Tarifeindlichkeit der Anwälte durch eigenes Eingreifen Einhalt zu tun. Ferner wird eine Änderung des § 157 der Zivilprozessordnung in der Weise gefordert, daß den Gerichten die Berechtigung widerruflicher Ablehnung von Prozessvertretern genommen werden muß. Auch sind Verfügungen im Gange, nicht akademisch vorgebildeten Angestellten die Zulassung zu Gerichtsassessorprüfungen möglich zu machen. Der Reichsausschuß ging nach Erledigung seiner umfangreichen Tagesordnung in der Hoffnung auseinander, daß es jetzt auch den gewerkschaftlich vereinigten Anwalts- und Notariatsangestellten gelingen werde, für ihren Beruf bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Eine Folge der Preistreiberei.

Vorübergehende passive Resistenz städtischer Arbeiter.

In der üblichen sensationellen Aufmachung bringt die W.-Korrespondenz eine längere Darstellung über eine mehrstündige passive Resistenz, die gestern in den städtischen Elektrizitätswerken stattgefunden hat. Der mit Hilfe der zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen rasch beigelegte Konflikt ist die unvermeidliche, wenn auch bedauerliche Folge der Teuerung, die in den letzten Tagen eingetreten ist.

Bekanntlich richten sich die Löhne der Gemeindegewerkschaften nach den Löhnen, die für die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe festgesetzt werden. Nach den letzten Abmachungen sollen für die Monate März, April und Mai je fünf Lohnwochen ausbezahlt werden, für Mai sollte die Auszahlung am 10. Mai erfolgen. Infolge der sprunghaften Teuerung der letzten Tage verlangten die Arbeiter, daß die Auszahlung der fünften Lohnwoche sofort erfolge. Da die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen noch nicht abgeschlossen sind, hielt es der Magistrat nicht für möglich, diesem Verlangen stattzugeben. Darauf erfolgte die schon erwähnte passive Resistenz in den Kraftwerken Roabit, Rummelsburg und Oberspree, die jedoch nach Eingreifen der zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen noch im Laufe des Abends beendet wurde. Gleichzeitig fanden Verhandlungen im Reichsfinanzministerium statt, die jedoch noch kein Ergebnis brachten.

Wie wir darüber weiter erfahren, hat sich der Magistrat telegraphisch mit dem Reichsfinanzminister und mit den Ministern des Innern vom Reich und von Preußen in Verbindung gesetzt und sie auf die schwierige Situation hingewiesen, mit der dringenden Bitte, die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen zu beschleunigen, damit die Gelder ausgezahlt werden können. Wir haben wiederholt auf das Schneidentempo hingewiesen, das bei Verhandlungen, deren Zweck die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung ist, von den Regierungsstellen befohlen wird. Nachdem man durch schwere Unterlassungsläden den jüngsten Marktsturz verursacht hat, hätte die Regierung mindestens die Pflicht, jetzt schnell und energisch einzugreifen, um einerseits der Arbeiterschaft die Existenzmöglichkeit nicht ganz zu entziehen, andererseits den Desinfenspezulanten und Hamsterern energisch zu Weibe zu gehen.

Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Unter Hinweis auf unsere gestrige Notiz: „Die Regierung hat Zeit“, wird uns mitgeteilt, daß heute nachmittags um 5 Uhr die Beratungen der Siebenkommission der Spitzenverbände mit dem

Reichsfinanzminister über die Löhne und Gehälter in den Reichsbetrieben begannen.

Es ist tatsächlich höchste Zeit! Die Klagen im Lande über die unzureichenden Bezüge machen sich insbesondere bei den Eisenbahnen geltend. Die Belegschaften drängen unausgesetzt die Verhandlungen, schiden Abordnungen, Telegramme und Eilbriefe, um zu wissen, wie die Dinge stehen und wie sie sich gestalten werden. Daß es nicht überall dabei blieb, sondern zu allerlei „Aktionen“ kam, zu Demonstrationen vor Eisenbahndirektionen, zu passiver Resistenz und selbst zu vereinzelten Streiks, ist nach der ganzen Situation erklärlich.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe.

Durch Schiedsspruch des Reichsschlichtungsausschusses vom 30. April wurden, wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, die Gehälter und Spesenätze für April gegenüber März um 12 Proz. erhöht. Die Belegungszulage wurde für März und April für das besetzte und Einbruchgebiet einheitlich auf 85 Proz. festgelegt. In Frankfurt a. M., Mannheim, Wesel, Hagen und Elberfeld-Barmen beträgt der Ortszuschlag im März und April 25 Proz.; die übrigen Ortszuschläge bleiben die gleichen wie im Februar. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgewerkschaften hatte irgendwelche Gehaltserhöhungen für April grundsätzlich abgelehnt und für eine ganze Reihe von Orten Streichung oder Ermäßigung des bisherigen Ortszuschlages verlangt.

Lohnbewegung der Töpfer.

Vom Deutschen Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer, wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen mit den Unternehmern des Tarifgebietes Groß-Berlin und den Unternehmern der Provinz Brandenburg zwiends Festlegung der Löhne für die erste Hälfte des Monats Mai sind resultatlos verlaufen. Die Berliner Unternehmer lehnten unsere gestellten Forderungen mit der Begründung ab, daß die Preissteigerungen der letzten Wochen nicht derartig wären, daß sich eine weitere Erhöhung der bestehenden Löhne notwendig mache! Eine Festlegung für den Monat Mai nach den Lohnsätzen, die im April gezahlt wurden, lebten die Gewerkschaften ab. Ein Scheinbares Zugeständnis seitens der Unternehmer, falls die Preissteigerung in erheblichem Maße einsetze, sei gewillt, in der zweiten Hälfte des Monats Mai mit uns zu verhandeln, sehen wir als selbstverständlich an. Wir haben diese Erklärungen auch nur zur Kenntnis genommen und uns weitere Schritte vorbehalten. Das Anerbieten der Unternehmer aus der Provinz, daß die für den Monat April festgelegten Löhne, welche bereits für rechtsverbindlich erklärt sind, erst ab 12. April Geltung haben sollen und sie dann diese Aprillöhne für Mai weiter zahlen wollen, lebten wir ebenfalls ab. Eine am Sonntag, den 6. Mai, stattfindende Versammlung der Bauvertrauensleute, der Geschäftsdelegierten und Funktionäre wird zu den weiter getroffenen Maßnahmen Stellung nehmen. (Siehe Vereinskalender).

Schiedsspruch in der chemischen Industrie.

Der Zentralschlichtungsausschuß der chemischen Industrie fällt in seiner Sitzung am 3. Mai folgenden Spruch: Der Lohn des über 20 Jahre alten Arbeiters der Fachgruppe 2 beträgt in Ortsklasse A für die Zeit vom 26. April bis zum 26. April 1925 1825 M. Die Löhne der anderen Fachgruppen, Ortsklassen, Kategorien und Altersklassen werden prozentual errechnet. Die Tarifverträge können ab Montag, den 7. Mai, auf dem Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter, Engelauer 24/25, in Empfang genommen werden.

Die Hausangestellten in Königsberg i. Pr.

Die Löhne der Hausangestellten betragen in der Regel 1000 Monatslohn mit Kost und Logis, in einzelnen Fällen jedoch nur 200, 300 und 500 M. Die Organisation wandte sich Mitte März an 150 Haushaltungen mit Lohnforderungen und dem Ersuchen um mündliche Verhandlungen. Auf Verhandlungen ließen sich die Hausfrauen zwar nicht ein, doch konnte in einer darauf folgenden Versammlung der Hausangestellten berichtet werden, daß infolge dieses Vorstoßes in einer ganzen Reihe von Fällen die Löhne von 1000 und 1200 M. auf 8000, 8000 bis zu 15000 M. erhöht wurden. Die Versammlung beschloß die Anrufung des Schlichtungsausschusses, dem sie ihre Forderungen unterbreitete.

In dem Verhandlungstermin am 5. April war keine Vertretung der Hausfrauen erschienen. Die Vorsitzende des Hausfrauenbundes teilte telegraphisch mit, daß sie erkrankt sei. Weiter aber, daß der Hausfrauenbund keine wirtschaftliche Organisation sei und für Tarifabschlüsse nicht in Frage komme. Dies trifft nicht zu. Nach eingehender Verhandlung wurde nachstehender Schiedsspruch gefällt:

1. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden und 2 Stunden Arbeitsbereitschaft. Sie darf in der Regel nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends enden.
 2. Der Lohn beträgt für die Hausangestellte unter 20 Jahren 10 000 M., über 20 Jahre 11 000 M., für Stützen, Köchinnen usw. 12 000 M. pro Monat.
 3. Für Überstunden sind bis 10 Uhr abends 61 M., von 10 bis 12 Uhr 71 M. und nach 12 Uhr 103 M. zu zahlen.
 4. Den Hausangestellten ist ein verschließbares Zimmer mit Bett, Tisch, Stuhl und Beleuchtung sowie ein verschließbarer Kleiderschrank zur Verfügung zu stellen.
- Die Erklärungsfrist beträgt 3 Tage von der Zustellung des Urteils an gerechnet.

Der Schiedsspruch wurde zwar von dem Hausfrauenbund nicht angenommen, doch stellt er getwissermaßen ein amtliches Gutachten darüber dar, auf welcher Grundlage die Löhne und Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten aufzubauen sind, nicht nur in Königsberg, sondern überall.

Auch die Hausangestellten müssen sich selber helfen, indem sie sich vor allen Dingen im Zentralverband der Hausangestellten zusammenschließen. Dann erst können die erforderlichen Maßnahmen zur allmählichen Verbesserung ihrer Lage unternommen werden.

Sozialversicherung in Sowjetrußland.

Die Sowjetregierung hat dem wiederholten Drängen der Wirtschaftsorgane auf eine Herabsetzung der Zahlungen für die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten nachgegeben, um die Kosten der Staatsindustrie zu verringern. Die Sätze, die bisher in der Regel 22 bis 27 Proz. und in den vom Staate budgetmäßig finanzierten Betrieben und Behörden 17 Proz. der Löhne betragen, sind auf 16 bis 22 Proz. bzw. auf 12 bis 16 Proz. herabgesetzt worden, wobei für das gesamte Verkehrs- und Hilfsmittelwesen sowie die Metallindustrie der Satz von 16 Proz. festgelegt wird. Durch diese Beiträge sollen die Kosten der Unterbringung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Invalidität und Arbeitslosigkeit

sowie der ärztlichen Behandlung aufgebracht werden. Zugleich sind die Betriebe von der Zahlung der hohen Rückstände an Versicherungsgebern für die Zeit bis zum 1. Januar d. J. befreit worden und die Rückstände bis zum 1. März sollen ohne Strafen und ohne Entwertungszuschläge bezahlt werden. Die Sozialversicherung ist in Sowjetrußland Ende 1921 an Stelle der nach der Revolution deklarierten unentgeltlichen allgemeinen Sozialversicherung eingeführt worden. Ihre tatsächliche Durchführung hat erst seit Mai 1922 begonnen und entwickelt sich infolge Mangels an Mitteln nur langsam.

Unternehmerwille und 1. Mai. Unserer gestrigen Notiz ist nachzutragen, daß auch die Handarbeiter bei den Firmen Berliner Speditionverein und Allianz A.-G. aus Solidarität gegenüber der gemäßregelten Angestellten die Arbeit niedergelegt haben. — Die wir jedoch erfahren, hat die Solidarität der Hand- und Koyt-arbeiter bereits zu einem Erfolg geführt. Sämtliche gemäßregelte Angestellten sind bedingungslos wieder eingestellt worden.

Lohnbewegung im Buchhandel. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wegen Erhöhung der März-Gehälter für den Monat April finden am Freitag, den 4. Mai, statt. Die Versammlung, in welcher Bericht erstattet wird, findet aus besonderen Gründen erst am Montag abend 7 1/2 Uhr in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 98/97, statt. Erscheinen aller Angestellten des Buchhandels ist Pflicht.

Zum Kampf im Saarbergbau, den gewisse Franken-Stipendiaten als einen politischen Kampf auszugeben bemüht sind, teilt die Streikleitung mit, daß die Verhandlung zwischen der Generaldirektion und den Gewerkschaften sich auf einer Grundlage bewegte, die die Möglichkeit einer Verständigung erkennen ließ. Am nächsten Tage aber wurden die Zugeständnisse wieder zurückgezogen, trotzdem auch dieses Frankenhölzer Lohnsätze noch unzureichend waren. Der Lohn eines Heuers würde gegen den Stand vom 1. Februar um 1,55 bis 2 Frank erhöht worden sein. Die Schichtlöhne unter Tage hätten in den vier Gruppen Zulagen von 0,20, 0,65, 1,10 und 1,55 Frank mehr erhalten, die Schichtlöhner unter Tag in den Gruppen 1 bis 3 0,95, 0,50 und 0,05 Frank mehr, in den Gruppen 4 und 5 dagegen 0,40 und 0,75 Frank weniger als am 1. Februar.

Die Gewerkschaften haben das Angebot der Belegschaft unterbreitet, die es einstimmig ablehnte. Sie haben in den Verhandlungen ihre Bereitwilligkeit zu einem Frieden geäußert, haben Vorschläge gemacht, um einen wahren Wirtschaftsfrieden zu ermöglichen. Wenn bekannte Kreise im Saargebiet ihn nicht wollen, und glauben, daß der günstige Zeitpunkt gekommen sei, politische Geschäfte zu machen, so trifft die Verantwortung diejenigen, die mit dem Feuer spielen, die glauben, daß durch Zerstörung der Gewerkschaften durch einen evtl. Blutrausch, Kohlen gegraben werden, die glauben, durch Gewaltmaßnahmen Zufriedenheit zu erhalten.

Die Verordnung gegen das Koalitionsrecht, mit all den übrigen in Bereitschaft gehaltenen Mitteln und Mitteln, vomerrat bis zur Militärmacht, soll jetzt helfen.

Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr bei Lehmann, Engelauer, 24/25, Versammlung der Bauvertrauensleute, Geschäftsdelegierte und Funktionäre. Tagesordnung: Bericht von der letzten Bauernversammlung am 2. Mai.

Bund der heimischen Angestellten und Beamten, Fachgruppe Koch-, Back- und Tischbediensteter. Versammlung Montag abend 8 Uhr im Rordischen Hof, Großer Saal, Invalidenstr. 126.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Bietz, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Invalidenstr. 3. (Siehe eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Belmont“.)



Chokolade-Likör
Noisettes
DER BEVORZUGTE LIKÖR DER DAME
Landauer & Macholl

Vertreter: Karl Kast, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernspr.: Amt Potsdam Nr. 366. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Str. 20. Fernsprecher: Amt Ptalzburg Nr. 3608.

Fahrradreifen

PETERS UNION

erfüllen alle Wünsche

Ankauf

Spez. große Objekte
und ganze Nachlässe

A. Grünberg,

Potsdamer Str. 53,
am Hochbahnhof Bismarck

Alca

Putz mit Alca Tof und Herd,
Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Henkel's Duf- und Scheuerpulver,
für Haushalt, Gewerbe und Industrie

unentbehrlich.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CO., DUSSELDORF.

Ein Etat der Not.

Vorlegung des Berliner Etats durch den Stadtkämmerer.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Entwurf des Etats für 1923 vom Stadtkämmerer Karding vorgelegt. Hoffnungslosigkeit sprach nicht aus der Rede, mit der er ihn erläuterte. In ärgster Weise hat die fortschreitende Geldentwertung die Bewegungsfreiheit der Stadtverwaltung beeinträchtigt. Der Verwaltungsapparat ist so weit wie möglich vereinfacht worden. Auf das Allernotwendigste hat die Stadt ihre Leistungen beschränken müssen. Trotzdem schließt der Etatentwurf mit fünfhundert Milliarden Ausgabe ab, wovon 28 Milliarden ungedeckt bleiben. Einen Etat der Not nannte der Kämmerer seinen Entwurf. Die Fraktionen werden sich erst in der nächsten Sitzung dazu äußern.

In der gestrigen Sitzung kam zunächst die Magistratevorlage vom 19. Februar wegen Abbildung der Baukostenübersteigerung durch Erhöhung der Wohnungsbauabgabe zur zweiten Beratung. Durch die weitere starke Steigerung der Bau- und Baumaterialkosten wie durch das Eingreifen der Reichsregierung sind die Februarvorschläge gleichmäßig überholt. Vom Ausschuss ist nunmehr empfohlen worden, der Erhebung der vom Reichstag beschlossenen Wohnungsbauabgabe von 3000 Proz. ab 1. Januar 1923 zuzustimmen und einen Zuschlag von 1500 Proz. ab 1. April 1923 zur Fertigstellung der Bauvorhaben von 1922 und Schaffung weiterer Mittel für den Kleinwohnungsbau zu erheben. Da nach der Tagesordnung um 6 Uhr der Kämmerer den

Stadthaushaltsplan für 1923.

einbringen sollte, wurde die Verhandlung über diesen Gegenstand nach kurzer Debatte abgebrochen. Der Kämmerer Dr. Karding führte unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung zu dem neuen Haushaltsentwurf etwa folgendes aus:

Im März 1922 war die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung 2639. Im September 1922 war sie auf 3137 gestiegen, im März 1923 auf 2627. Das ist in einem Jahre eine Verhinderung. So stand das Rechnungsjahr 1922 unter dem Zeichen eines dauernden Kampfes gegen die Geldentwertung. Dazu die unglückselige

Berücksichtigung des Finanzausgleichsgehehes.

das den Gemeinden endlich nach drei Jahren gestiegene Einnahmen bringen sollte. Die Not dieser Monate führte zu den bekanntesten Einschränkungsmaßnahmen. Die schwebende Schuld Berlins stieg von 1764 Millionen Ende März 1922 auf 8075 Millionen Ende März 1923. Schließlich mußte der Staat vorübergehend mit kurzfristigen Krediten ausweichen. Die Lage wurde verhärtet durch die wieder einsetzende Arbeitslosigkeit. Doch traten auch Erleichterungen ein: Die Kriegswirtschaft wurde abgeschlossen, der Weltmarkt finanziert, die Nord-Südbahn konnte bis zum halbjährlichen Tor den Betrieb eröffnen. Der ewige Kampf um die städtischen Tarife wurde abgelöst durch die Kohlenkaufel und die Freistellung prozentualer Abgaben der Werke. Besonders wirksam war eine großzügige und rücksichtslose

Vereinfachung der städtischen Verwaltung.

die die persönlichen und sächlichen Ausgaben der eigentlichen Verwaltung um Hunderte von Millionen verminderte. Die geringe Bewegungsfreiheit hat dazu gezwungen, die Kräfte dort zusammenzufassen, wo sie am nötigsten waren. Die Anteile einzelner Gebiete am Gesamthaushalt haben sich dabei bemerkenswert verschoben; statt 10 Proz. sind es nur noch 2,7 Proz. bei Hoch- und Tiefbauten. Dagegen sind die Ausgaben sozialer Art (Wohlfahrtswesen, Gesundheitswesen, Jugendpflege) von 15 Proz. in 1914 auf 24 Proz. für 1923 gestiegen.

Der Ausgleichsgehalt.

der dem Befehl Groß-Berlin seinen Sinn gibt, macht langsame Fortschritte. Die Bedarfssteigerung 1923 gegen 1920 bleibt bei den westlichen Bezirken Charlottenburg, Steglitz, Tempelhof mit dem Zwölftel bis Dreizehntel unter dem Durchschnitt, während die östlichen Bezirke Neukölln, Treptow, Lichterberg, Bantow auf das Fünftel bis Sechstel, Reinickendorf und Weißensee sogar auf das Achtzehntel kommen. Anormal bleibt, daß Zehlendorf fast den neunzehnfachen, Köpenick den vierundzwanzigfachen

Bedarf von 1920 aufweist, während Alt-Berlin noch nicht das Einfache erreicht hat. Es ist bemerkenswert, daß gerade die beiden Außenbezirke offenbar die stärkste finanzielle Entlastung durch die Einheitsgemeinde erfahren haben, in denen der Widerstand gegen sie sich am lautesten zeigt. Den Bezirken ist größere Bewegungsfreiheit gegeben, die später noch wird gesteigert werden können. In der Geldentwertung gemessen, müßte der Gesamthaushalt 1923 auf mehr als eine Billion kommen. Wenn er nur mit fünfhundert Milliarden Ausgabe abschließt, so deshalb, weil die großen Werke mit kaufmännischer Buchführung nur mit ihren Ueberschüssen eingestellt sind.

Der Haushalt der Straßenbahn balanciert.

(Hört, hört!) Im Rechnungsjahr 1922 hatte sie ein Defizit von fast zwei Milliarden. Es muß erreicht werden, daß dies Gleichgewicht nicht nur auf dem Papier steht. Die Güter sind früher ertraglos geblieben; 1923 sind sie mit einem

Ueberschuß von 90 000 Zentnern Roggen

eingestellt worden. Auch dieser Betrag muß sich noch steigern lassen. Für die Nord-Südbahn sind keine Mittel eingestellt. Es geht nicht an, daß die Stadt, die allein seit dem 1. September 1922 über drei Milliarden für die Fortführung der Arbeiten vorgeschossen hat, an diesem Unternehmen verblutet. Reich und Staat müssen erkennen, daß es sich hier nicht um städtische Interessen, sondern um Allgemeininteressen handelt. Auch für den Zuschuß der Stadt zu der neuen Kraftstation des Reiches haben noch keine Mittel in den Haushalt eingestellt werden können. — In der außerordentlichen Verwaltung, die vor dem Kriege etwa fünfundsiebzig Millionen Goldmark jährlich aus Anleihen nahm, denen bei der Geldentwertung jetzt dreihundert Milliarden entsprechen würden, sind 8 1/2 Milliarden eingestellt. In diesem völligen Verlagen der Anleihewirtschaft kommt

die Verarmung der Städte

zum Ausdruck. 1923 können wir, wenn nicht andere Wege beschritten werden (Koggenanleihen), auch bei Ausgabe der kürzlich beschlossenen Zehn-Milliarden-Anleihe mit dem heutigen Eingang nur eines Teiles dieses Betrages rechnen. Auch bei den Steuern sind große Verschiebungen eingetreten. Bei starker Geldentwertung haben nur die Steuern Bedeutung, die mit dem Geldwert mitlaufen. Dazu gehören Beherbergungs- und Luftverkehrssteuern, von den Reichsteuern die Umsatzsteuer und der Lohnabzug bei der Einkommensteuer. Daß in den letzten Monaten neunzig Prozent des Aufkommens der Einkommensteuer auf Lohnabzüge entfielen, war unerträglich und standals.

(Lebhafte Zustimmung.) Bei der Grundsteuer erfolgt eine Neueinschätzung der Werte. Trotzdem ist ihr Ertrag nur mit drei Milliarden eingestellt, also mit weniger als die Hundesteuer! Das neue Gesetz, welches die Geldentwertungsbestimmungen der Einkommensteuer auf die Gewerbesteuer überträgt, mindert den Ertrag der letzteren in einem unerträglichen und sicher unbeabsichtigten Umfange. Um so notwendiger ist ein Ausgleich durch die Lohnsummensteuer oder eine starke Erhöhung der Kopfsteuer. Aus der Hundesteuer werden vier Milliarden ermarktet. Trotz der viel angegriffenen Erhöhung der Steuerjahre ist

die Zahl der Hunde von 130 000 auf 200 000 gestiegen.

Am ganzen sollen die bisherigen Steuern rund einhundertfünfzig Milliarden bringen. Wenn das Finanzausgleichsgesetz endlich verabschiedet wird, so wird es nach dem Entwurf an neuen Steuern weitere fünfundsiebzig Milliarden bringen, von denen rund vierzig Milliarden auf die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer entfallen. Diese fünfundsiebzig Milliarden sind voll als Einnahme eingestellt. Trotzdem bleibt

ein Fehlbetrag von rund achtundzwanzig Milliarden.

für dessen Deckung der Magistrat zurzeit keine Vorschläge zu machen vermag. Der Haushalt von 1923 wird noch mehr wie der des Vorjahres ein Etat der Not sein. Wir stehen gewiß noch nicht im tiefsten Stand der unseligen Entwicklung dieser Jahre. Aber ich beharre in der Zuversicht, daß es auch wieder einmal aufwärts gehen wird.

Nach der etwa einstündigen Rede des Kämmerers, der die

Generaldiskussion des Haushaltsentwurfs für 1923 am nächsten Dienstag folgen wird, nahm die Versammlung die Verhandlung über

die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe

wieder auf. Nach dem Stadtk. Schmidt (Z.) und Richard Runge, der verlangte, daß man erst für die eigene Bevölkerung und dann erst für die Ausländer Raum schaffe, kam Genosse Baitoch zum Wort. Er gab keiner großen Bewunderung über die plötzliche Arbeiterfreundlichkeit in den Kreisen der Gegner der Wohnungsbauabgabe Ausdruck; wo bliebe diese Arbeiterfreundlichkeit, wenn bei freier Wirtschaft als Miete das 5000- bis 6000fache der Friedensmiete zu zahlen wäre? Die Ueberwälzung der Wohnungsbauabgabe auf die Einkommensteuer wäre der Gipfel der Ungerechtigkeit. Und wie stehe Herr Dörz zu seinen Parteigenossen im Reichstag, die für die 3000 Proz. gestimmt hätten? Die sozialdemokratische Fraktion stimme den Ausschussvorschlägen zu, obwohl sie ihr nicht weit genug gingen.

Nachdem noch Beuster (Dem.) und v. Egner (Dt. Sp.) die Ansichten ihrer Fraktionen vertreten hatten, wurden die Ausschussvorschläge gegen die Deutschnationalen, Kommunisten und Volkspartei angenommen.

Hierauf brachte Schumacher (Komm.) die am Donnerstag vormittag eingetretene passive Resistenz in den Elektrizitätswerken zur Sprache, wies auf die daraus drohende Gefahr hin und brachte einen Dringlichkeitsantrag auf sofortige Auszahlung des Wochenlohns ein. Auf der rechten wurde Widerspruch erhoben; damit war für jetzt die Sache erledigt.

Die Dringlichkeitsvorlage wegen Errichtung eines provisorischen Flughafens auf dem Tempelhofer Felde

fand ohne Erörterung Annahme. Der Antrag der Sozialdemokraten wegen Herabsetzung der Preise in den Schwimmbädern für Jugendliche und Sportvereine wurde nach dem Ausschussantrage abgelehnt.

Die Verlängerung der Geltungsdauer der Kohlenkaufel für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde gegen die Kommunisten beschlossen.

Ueber die Anträge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, die sich gegen die frühere Berliner Brennstoffzentrale und deren geschäftliche Betätigung im Kohlenhandel richten, erstattete Gen. Baitoch Bericht. Der Ausschuss hat die Angriffe für nicht substantiiert erachtet, schlägt aber vor, den Magistrat zu ersuchen, a) eine Trennung zwischen der Leitung des Kohlenamts und der B.B. vorzunehmen, b) eventuell Kraftstationen in Kohlenlieferungsmitteln getrennt von dem laufenden Geschäftsgang der B.B. zu erliegen. — Auf Betreiben der Wirtschaftspartei wurde die Beratung vertagt.

Zur Vorlage wegen Regelung der Versorgungsbezüge leitender Angestellter der Straßenbahn mit Sonderverträgen beantragte Gen. Flatau Ausdehnung dieser Bestimmungen auf alle Angestellten und Arbeitnehmer.

Nach kurzer Debatte wurde die Abstimmung vertagt.

Freizügigkeit der Kohlenkarte.

Von heute ab.

Durch die Abänderungsverordnung des Magistrats zur Kohlenverordnung vom 2. Mai 1923 ist vom 4. d. M. ab die Freizügigkeit der Kohlenkarte eingeführt. Von diesem Tage ab ist es den Verbrauchern freigestellt, auf die freigegebenen Abschnitte der Kohlenkarte bei jedem zur Kohlenverteilung zugelassenen Händler Kohlen zu beziehen. Nach der abgeänderten Bestimmung des § 13 der Kohlenverordnung darf die Abgabe von Kohlen an die bezugsberechtigten Selbstabholer des Händlers nicht verweigert werden, sofern er im Besitz von Kohlen ist. Die Befreiung der Verbraucher, die Hausanlieferung vereinbart haben, muß nach Maßgabe der eigenen Befreiung des Händlers in angemessener Frist erfolgen. — Außerdem werden ab 4. d. M. die Abschnitte drei bis fünf der Fünf-Zentner-Kohlenkarte und drei bis fünf der Zehn- bis Siebenzig-Zentner-Kohlenarten mit der doppelten Menge zum Bezuge freigegeben.

Unveränderter Milchpreis. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Auch für die nächste Woche (7. bis 13. Mai) beträgt der Preis für Vollmilch wie bisher 960 M. je Liter, für nach Berlin eingeführte Magermilch 520 M. je Liter.

(Kochbuch verboten. Der Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

101] Von John dos Passos.

Was dem amerikanischen Manifestant überlebt von Julian Cummings.

Hinter ihnen erhob sich das Dorf, weiß-fledig und rötlich mit seinen Stuckwänden und seinen steilen Ziegeldächern in einer unregelmäßigen Pyramide, deren Spitze die Kirche bildete.

Durch die großen Spitzbögen des Kirchturmes konnten sie die Glocken sehen. Unten im Flusse spiegelte sich das Dorf vollständig wider, nur an den Stellen, wo der Wind das Wasser kräuselte, war das Bild unterbrochen. Die Ruder knarrien rhythmisch.

„Denken Sie daran, ich werde rudern, wenn Sie müde sind,“ sagte Andrews nach einer langen Pause.

Généviève sprach durch zusammengebißene Zähne: „Natürlich. Sie haben keinen Patriotismus.“

„So wie Sie es meinen, nicht.“

Sie kamen an die Ecke einer Sandbank, wo der Strom reißend lief.

Andrews legte seine Hände neben die ihren auf die Ruder und zog mit ihr an.

„Bleiben wir hier,“ sagte sie und zog die Ruder ein, die in der Sonne glänzten.

Sie legte die Hände um die Knie und beugte sich zu ihm hinüber.

„So, darum wollen Sie also meinen Revolver... Erzählen Sie mir alles, von Chartres an,“ sagte sie mit erstarrter Stimme. „Sehen Sie, ich wurde in Chartres verhaftet und in ein Arbeitsbataillon gesteckt. Das ist das selbe, wie ein Militärgefängnis bei Ihnen. Man ließ mich nicht mit meinem kommandierenden Offizier von der Universitätsabteilung sprechen.“

Er hielt an. Ein Vogel sang in dem Weidenbaum. Die Sonne verbergte sich hinter einer Wolke. Hinter den langen, blaugrünen Blättern, die leise und fast unmerklich im Winde flatterten, war der Himmel voller silbriger und gelblicher Wolken. Andrews begann still zu lachen.

„Aber Généviève, wie verrückt doch diese Worte sind, diese pompösen, bedeutungsvollen Worte: Abteilung, Bataillon, kommandierender Offizier. Es wäre doch alles so schön... Die Dinge hatten ihren Höhepunkt erreicht. Das ist alles. Ich konnte mich nicht länger der Disziplin fügen. O, diese langen, römischen Worte: wie Mühseligkeiten hängen sie um unseren Hals... Es war vielleicht auch verrückt; ich war ja

fast willens, dabei zu helfen, die Deutschen abzuschlachten, mit denen ich keinen Streit hatte, vielleicht aus Neugierde oder Freigebigkeit... Sehen Sie, so lange habe ich gebraucht, um zu erkennen, wie die Welt ist. Es gab keinen, der mir den Weg gezeigt hätte.“

Er machte eine Pause, als ob er erwarte, daß sie sprechen werde. Der Vogel in dem Weidenbaum sang immer noch.

Plötzlich schwante ein Zweig ein wenig zur Seite, so daß Andrews ihn sehen konnte: einen kleinen, grauen Vogel, der die Kehle ganz aufgeblasen hatte im Gesang.

„Es scheint mir,“ sagte er sehr sanft, „daß die menschliche Gesellschaft immer so gewesen ist und daß sie vielleicht immer so bleiben wird: Organisationen, die aufwachsen und die Menschen erdrücken, und Individuen, die hoffnungslos dagegen revoltieren, um schließlich neue Gesellschaften zu bilden, die alten niederzukämpfen, vielleicht, um dann selbst wieder Sklaven zu halten.“

„Ich dachte, Sie seien Sozialist?“ warf Généviève scharf ein mit einer Stimme, die ihm fast körperlich wehtat, er mußte nicht, warum.

„Einer im Arbeitsbataillon erzählte mir,“ fuhr Andrews fort, „daß man einen Freund von ihm einmal dadurch mißhandelt habe, daß man ihn zwang, brennende Zigaretten zu verschlucken. Jeder Befehl, den man mir ins Gesicht schrie, jede neue Erniedrigung vor den Vorgesetzten war ein fast ebenso großer Schmerz für mich. Können Sie das verstehen?“

Seine Stimme hatte plötzlich den Klang wie die Stimme eines Richters. Sie nickte mit dem Kopfe, dann schwiegen sie. Die Weinblätter zitterten im Hauch des Windes. Der Vogel war fortgeschlagen.

„Aber erzählen Sie mir doch von dem Schwimmen! Das klingt aufregend!“

„Wir waren dabei, Zement in Passy auszuladen, um das Stadion zu erbauen, welches die Armee den Franzosen zum Geschenk darbringen wird, in Sklavenarbeit erbaut, wie die Pyramiden.“

„Ach, Passy, wo Balzac gewohnt hat. Haben Sie sein Haus gesehen?“

„Ein Junge war da, der arbeitete mit mir. Ohne ihn hätte ich es vielleicht nie getan... Ich war vollkommen niedergedrückt und schlief... Der Junge ist wahrscheinlich ertrunken... Wir schwammen unter Wasser, so weit wir konnten, und als es fast dunkel war, gelang es mir, auf einen Kahn zu kommen, wo eine seltsame Anarchistenfamilie sich meiner annahm. Von dem Jungen habe ich seither nichts mehr gehört. Dann habe ich diese Kleider, die Sie so amüfant

finden, Généviève, gekauft und bin nach Paris zurückgegangen. Hauptächlich um Ihre Willen.“

„Ich bedeute Ihnen also so viel?“ flüsterte Généviève.

„Wenn Sie nicht gewesen wären, würde ich gleich nach

Bordeaux oder Marseille zur See gegangen sein.“

„Aber in der Armee? Hatten Sie denn da nicht genug von dem schrecklichen Leben, immer zwischen ungebildeten Leuten herumgeworfen zu werden, immer in schmütziger, faulig riechender Umgebung? Sie, ein sensibler Mensch, ein Künstler? Kein Wunder, daß Sie nach solchen Jahren fast verrückt geworden sind!“

Généviève sprach mit Leidenschaft und sah ihn aus starren Augen fest an.

„O, das war es nicht,“ erwiderte Andrews voller Verzweiflung. „Ich liebe die Menschen, die Sie gemeines Volk nennen. Die Unterschiede zwischen den Menschen sind so gering...“ Er sprach seinen Satz nicht zu Ende. Er blieb ruhig auf seinem Sitze und hatte Angst, er werde schreien. Er bemerkte die Umrisse des Revolvers in seiner Tasche.

„Aber können Sie nicht etwas tun? Sie haben doch Freunde!“ brach Généviève aus. „Man hat Sie entsetzlich ungerecht behandelt! Man kann es doch wieder einrenken, und Sie werden dann richtig demobilisiert! Man wird doch einsehen, daß Sie ein Mensch von Intelligenz sind! Man kann Sie doch nicht behandeln wie irgendeinen x-Beliebigen!“

„Ich muß schon, wie Sie selbst sagen, ein wenig verrückt sein, Généviève“, sagte Andrews. „Aber jetzt, nachdem ich, obwohl nur schwach, einen Schritt vorwärts, der menschlichen Freiheit entgegen, getan habe, kann ich nicht mehr so handeln, wie Sie mir vorschlagen... vielleicht bin ich ein Narr. Aber ich bin's einmal, Généviève.“

Er sah, den Kopf auf die Brust gesenkt, die Hände fest um den Bordrand des Bootes klammernd. Nach einer langen Weile sagte Généviève mit trockener, kleiner Stimme:

„Wir müssen jetzt nach Hause gehen; es ist Zeit zum Tee.“

Andrews schaute auf. Eine Bielle sah auf der Spitze eines Säulens mit silbrigen Flügeln und einem langen, schmalen Körper.

„Sehen Sie einmal dort hin, Généviève.“

„O, eine Bielle! Es gab doch einmal ein Volk, das in ihr das Symbol des Lebens sah! Waren es nicht die Ägypter? O, ich habe es ganz vergessen.“

„Ich werde rudern“, sagte Andrews.

Das Boot schoß in der Strömung fort. In wenigen Minuten schon hatten sie es vor dem Hause der Rods an dem Strand gezogen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitik im Reichstag.

Im Reichstag, der Donnerstag wieder zusammentrat, wurde eine schriftliche Beschwerde des Abg. E. Carst-Hannover (Komm.) wegen einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Abg. Hoff (D. Sp.) sucht um Urlaub nach wegen Zurückhaltung im besetzten Gebiet. (Leb. hört, hört!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Interpellation der Deutschnationalen wegen Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei**

und der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Frage, ob die Maßnahmen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten dieser Partei bedeuten, die sie in der Ausübung des Mandats beeinträchtigt.

Abg. Koch-Hessen (Dem.): In einem Augenblick, wo unsere ganze Aufmerksamkeit auf die von außen drohende Gefahr gerichtet sein muß, halten wir es nicht für angebracht, daß der Reichstag sich in innerpolitische Streitigkeiten verliert. (Zustimmung.) Im Namen des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei beantrage ich Absehung von der Tagesordnung.

Reichsminister des Innern Oeser: Da der Staatsgerichtshof ein Urteil noch nicht gefällt hat, bin ich nicht im Besitze des Aktenmaterials und auch nicht in der Lage, in eine sachliche Erörterung einzutreten. Den Gründen, die Herr Koch geltend gemacht hat, schließt sich die Reichsregierung mit aller Eindringlichkeit an.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk. Freiheitspartei) wünscht sofortige Verhandlung.

Abg. Schulz (Dnat. Sp.) stimmt der Absehung zu.

Abg. Bach (Komm.) wünscht sofortige Verhandlung.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Die Antwort auf die Worte des Herrn v. Graefe überlassen wir der sachlichen Debatte, wobei wir voraussetzen, daß diese sehr bald stattfindet. Wir können die Gründe des Abg. Koch nicht annehmen; wir können auch in der gegenwärtigen Situation ganz auf diese Dinge reden. Wenn die Regierung sich gegen die Deutschvölkischen wenden würde, so würde das ein Aktivismus für unsere Außenpolitik sein. Da aber nach der Erklärung des Ministers die Deutschnationalen auch für die Vertreibung sind, wollen wir nicht deutschnational sein als die Deutschnationalen und wollen die Verhandlung nicht erzwingen.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk.): Hiernach ist die Absehung der Auffassung des Herrn Schulz zu verdanken (Heiterkeit), da sonst eine Wahrung für die Besprechung vorhanden wäre. Ich bedauere das im Interesse der Kollegialität, muß aber der Begründung des Abg. Schulz widersprechen. Wenn die Parteien derartig vor dem guten Willen der Regierung kapitulieren wollen, kann das Volk die Distanz sparen, wir können die Allmacht des Herrn Oeser und seiner Kollegen anerkennen, nach Hause reisen und dort viel Nützlicheres tun.

Der Antrag Koch auf Absehung der Interpellation von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen angenommen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Abstimmung über den Antrag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf

Schutz der Versammlungen

vor gewaltsamen Sprengungen, beantragt Abg. Müller-Franken (Soz.) von der Tagesordnung abzusehen. Abg. Bach (Komm.) schließt sich an. Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) ist damit einverstanden, unter der Voraussetzung, daß der Gegenstand morgen wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. (Widerspruch links.) Präsident Lohde bemerkt, daß darüber am Schluß der Sitzung zu sprechen sei.

Die Absehung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen.

Anträge der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten auf Ergänzung des Flüchtlingsfriedensgesetzes werden dem Wohnungsausschuss überwiesen, der Gesetzentwurf über die Feiertage und Gedenktage dem Rechtsausschuss.

Die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird beim

Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung fortgesetzt.

Abg. Simon-Franken (Soz.):

Dem Verlangen des Abg. Reichert, ein Handelsverbot gegen Frankreich auszusprechen, können wir uns nicht anschließen, ebenso wenig dem Verlangen nach Aufhebung der Ausfuhrabgabe, die unserer Industrie doch nichts nützen würde. Die Löhne in Deutschland stehen weit zurück hinter denen des Auslandes. Die Behauptung, daß unsere Industrie die Ausfuhrabgabe nicht mehr tragen könne, widerspricht den Tatsachen. In vielen Industrien, z. B. in der Schuhindustrie,

entsprechen die Löhne nicht einmal der Indeziffer.

Der Reichswirtschaftsminister will keine weitere Lohnsteigerung, um die Pläne der Marktstabilisierung nicht zu gefährden, daß aber der Minister bei den Warenpreisen den gleichen Standpunkt einnimmt, davon habe ich noch nichts gehört. Selbst die Kohlenpreise sollen wieder gesteigert werden. Diese Haltung der Regierung verschärft nur die Krise, in der wir uns befinden. Die Arbeitslosigkeit wächst fortwährend. Ein großer deutscher Schuhwarenfabrikant hat Schuhe zu 4 1/2 Gulden nach Holland geliefert, die die holländische Industrie nur zu 10 bis 13 Gulden liefern konnte. Deshalb hat die holländische Regierung ein Einfuhrverbot erlassen. Der ganze Vorgang zeigt, daß diese Industrie auch in Deutschland billiger hätte liefern können, anstatt Holland Schmutzkontingente zu machen. Das Ausland beginnt immer mehr sich gegen das „Dumping“ gewisser deutscher Industrien abzusperrten. Wirtschafts- und Arbeitsministerium sollten sich vereinen, um den deutschen Arbeitern bessere Löhne zu schaffen. (Beifall links.)

Abg. Bach (Komm.) spricht über Verchiebungen von Druckpapier ins Ausland und gegen die heutigen Außenhandelsstellen.

Staatssekretär Trendelenburg:

Selber können wir, um geregelte wirtschaftspolitische Beziehungen aufrechtzuerhalten, nicht die Einfuhr aller unerwünschten Artikel verbieten, so z. B. die Einfuhr von Südfrüchten aus Spanien und Italien. Heute ist es nötiger denn je die Ausfuhr zu fördern. Darum müssen wir die Ausfuhrabgabe erleichtern und die Freiliste erweitern. Es ist noch nicht an der Zeit, die Ausfuhrkontrolle und Ausfuhrabgabe ganz aufzuheben. Im Fall Hartmann müssen wir den Text des Gerichtsurteils abwarten. Wir haben uns aber sofort mit Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, die im Prozeß eine Rolle gespielt haben und haben festgestellt, daß wir nicht den geringsten Zweifel an der vollen Integrität der Leiter der Außenhandelsstelle, insbesondere auch des Geheimrats Pfundner, haben, der mit voller Objektivität gehandelt hat. Die Haltung der Papierfirma Hartmann wird demnach durch einen weiteren Prozeß gestört werden, wobei es sich um zwei Angestellte der Firma wegen Verletzung der Außenhandelskontrolle handelt.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt, ebenso die Positionen für den Reichswirtschaftsrat und der Etat des Rechnungshofes; die Regierung wird erlaubt, die bei den Verkehrsministerien und anderen Ministerien überzählig werdenden Ministerialamt-männern möglichst dem Rechnungshof zu überweisen. Es folgt der

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Hoch (Soz.) erstattet den Bericht über die Ausschüßverhandlungen und bemerkt, daß der Ausschuss dem Arbeitsministerium für seine Tätigkeit im ganzen Anerkennung ausgesprochen habe.

Abg. Ad (Dem.) wünscht volle Parität der Spitzenverbände der Gewerkschaften mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber. Es ist nicht alles Lohnfrage, nicht alles materielle Frage, sondern wir müssen wieder an Qualitätsarbeit denken. Die Spannung zwischen Facharbeitern und ungelerten Arbeitern ist immer weiter gesunken. Allerdings müssen auch die ungelerten Arbeiter das Mindestmaß an Lebenshaltung erhalten, aber die Herabdrückung der Lohnspannung zwischen beiden Arbeiterkategorien schädigt die Qualität unserer Gütererzeugung. Die Lehrlinge dürfen nicht in die Schlichtungsordnung hinein. Zu hohe Entlohnung der Lehrlinge muß den Arbeitgeber veranlassen, die Lehrlinge zur Erzeugung von Werten in keinem Interesse heranzuziehen und die Ausbildung zu vernachlässigen. Die Freizügigkeit der Lehrlinge darf allerdings nicht beschränkt werden. Das Sinken unserer Wäute erhöht in allgemeinen den Grad unserer Beschäftigung, aber diese erfreuliche Erscheinung wird durch den Ruhrbruch zunichte gemacht. Die Entlohnung im Stillungsgebiet halten wir für unerträglich. Gute und geschickte Arbeiter müssen sich Konkurrenz gefallen lassen, damit untüchtige Arbeiter nicht entlassen zu werden brauchen. Das Vorkaufsrecht für die entlassenen Ruhrarbeiter auf Anstellung ist eine Pflicht, es ist im Ausschuss einstimmig angenommen worden. Die Arbeitslosenunterstützung ist in vielen Fällen erschlossen worden. Das Betriebsratsgesetz gibt im § 84 dem Arbeiter einen Schutz gegen eine Kündigung, die eine unbillige Härte darstellt; ich möchte wünschen, daß dieser Schutz im Stillungsgebiet nicht dahin erläutert wird, daß das Kündigungsrecht des Arbeitgebers den Arbeitern gegenüber allzu sehr beschränkt wird. Der Tüchtige darf nicht darunter leiden, daß der Untüchtige gegen Entlassung geschützt wird. Die Demobilisierungskommissionen müssen mehr Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nehmen.

Abg. Lambach (Dnat.): Die sozialdemokratische Kinderkurse des Reichsarbeitsministeriums ist noch immer zu erkennen. Wir beantragen die Anteilnahme des Reiches an den

Kosten für das Internationale Arbeitsamt in Genf zu streichen.

Die Ratifizierung der Beschlüsse dieses Amtes würde unsere Wirtschaft gefährden. In diesem Amt sind nur Vertreter der freien Gewerkschaften. Beschlüsse des internationalen Arbeitsamtes müssen von den Parlamenten der beteiligten Länder ratifiziert werden, und das Amt hat dann eine Kontrolle über die Ausführung seiner Beschlüsse. So könnte es kommen, daß der frühere französische Rationsminister und jetzige Vorsitzende des Genfer Amtes, Thomas, unsere Fabriken kontrolliert. Das gilt z. B. auch für die Durchführung des internationalen Abkommens über den Achtstundentag. Deshalb muß die deutsche Regierung ihre Teilnahme an internationalen Arbeitskonferenzen zum ersten zulässigen Termin kündigen. Der Abg. Wissel hat die Verhandlungen in Genf unter Protest verlassen, weil die deutsche Sprache nicht zugelassen wurde. Die internationale Arbeitskonferenz hat sich auch der Bergarbeiter im Saargebiet nicht angenommen. Die Teilnahme in Genf beschränkt unsere Selbstständigkeit und Freiheit im eigenen Hause. Die Behandlung Deutschlands, das in der Sozialpolitik führend gewesen ist, in Genf ist in Parallele zu stellen mit unserer Behandlung im internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom. (Beifall rechts.)

Abg. Aushäuser (Soz.):

Diese Rede gegen das Internationale Arbeitsamt in Genf dient sicherlich nicht der Verständigung über unsere außenpolitischen Beziehungen. Herr Lambach ist gegen das Amt, weil er dessen Einfluß auf unsere sozialen Verhältnisse nicht will, weil er keine internationale Verpflichtung für den Achtstundentag will. Ich bitte die Regierung, an dem Internationalen Arbeitsamt festzuhalten. Die deutsche Regierung hat sich seinerzeit aus freier Entschiedenheit dem Amt angeschlossen. Die Regierung hat die Teilnahme an den Kosten sehr verzögert und an der Selbstwertung gemessen, ihre Verpflichtungen zur Mittragung der Kosten des Amtes bis heute nur zu einem Viertel erfüllt! Es geschieht jetzt in Deutschland vieles, um den sozialen Arbeiterschutz abzubauen. Der Arbeitsminister selbst ist von einem warmherzigen sozialen Empfinden erfüllt, aber kein Minister kann

Widerstände der Bureaukratie

und derjenigen überwinden, die die Sozialgesetzgebung abschwächen wollen. Man will die Zentralgewalt über die Sozialpolitik dem Reichsministerium nehmen und dezentralisieren und die Befugnisse der Zentralgewalt auf die obersten Landesbehörden übertragen. Ich bitte den Minister im Interesse der Sozialpolitik, den Anregungen Lambachs nicht zu folgen. Dessen Ausführungen zeigen nicht von einer guten sozialen Kinderkurse; der Minister hat eine solche gehabt, aber deutschnational ist sie nicht gewesen. Wir befinden uns in der

Gefahr einer Krise unserer Sozialgesetzgebung.

Dabei ist die Entwicklung der gemein wirtschaftlichen Betriebe im Fortschreiten. Prof. Hertner meint in der „Arbeitsgezeitung“, daß der Berliner Vertrag unsere Verhältnisse so geändert habe, daß wir unsere Sozialpolitik von Grund aus reformieren müßten. Damit sind alle Arbeitgeber einverstanden, die sich wieder nach dem Rationellismus nehmen und keinen Zwang mehr haben wollen. Wenn es sich aber um Preissteigerungen durch Kartelle, Syndikate und Konzerne handelt, merkt man nichts von Rationellismus. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf herangezogen, in dem der Achtstundentag zwar auf dem Papier

stehen bleibt, aber durch die Fülle der Ausnahmen illusorisch gemacht wird. Man hat zu diesem Zweck auch den Begriff der Arbeitsbereitschaft eingeführt, ohne daß man recht weiß, was darunter verstanden werden soll. Nur soviel ist sicher, daß dadurch auf Umwegen der Achtstundentag beseitigt werden soll. Dieselbe Tendenz haben die Bestrebungen zur Vereinfachung der Demobilisierungsgesetzgebungen. Die Arbeiter werden sich aber die Erwerbsgesetze, die sie erkaufen müssen, nicht nehmen lassen. (Zustimmung links.) Grundsätzlich, als man schon den Schritt der Arbeiterbattalione herannahen hörte, wurde der Achtstundentag von den Arbeitgebern freiwillig den Arbeitern zugestanden. Das will man jetzt vergessen machen. Auch das Koalitionsrecht wird angefochten, und es ist auch hier eine internationale Erscheinung, daß das Streikrecht beschränkt wird. Bei uns kommt das schon in gesetzgeberischen Entwürfen, z. B. in der Schlichtungsordnung und in der Arbeitslosenversicherung, zum Ausdruck. Nach der Reichsverfassung ist aber das

Koalitionsrecht die Grundlage des modernen Arbeitsrechts.

Der Erlaß eines einseitigen Arbeitsrechts wird noch längere Zeit brauchen, aber deshalb muß man schonend in der Zwischenzeit alles vermeiden, was dem einseitigen Recht entgegenwirkt, wie die Errichtung neuer örtlicher Instanzen. Das Arbeitsgerichtsgesetz muß möglichst beschleunigt werden. Im allgemeinen ist über die Schöpfung der Arbeitgeber gegen die Sozialgesetzgebung zu klagen. Die soziale Versicherung läuft heute beinahe schon auf Null hinaus, die Leistungen des Reiches dafür sind ungenügend. Wir wollen doch die Arbeitsfähigkeit und die Gesundheit unseres Volkes wiederhaben. Das gesamte Heilwesen muß auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt, sozialisiert werden. Solange der Arzt privatkapitalistisch arbeiten muß, hängt es gar nicht von ihm ab, welche Sorgfalt er auf den einzelnen Kranken verwenden kann. Unter der

Sozialisierung des Arztstandes

kann die individuelle Behandlung der Kranken nicht leiden. Das Tarif- und Schlichtungswesen darf nicht rein formal und juristisch durchgeführt werden. Man hat im Schlichtungswesen nicht genügend Fühlung mit den Funktionären der Gewerkschaften, also mit den Leuten aus der Praxis. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministers hat die Schlichtungsausschüsse besucht, und nun meinen die Schlichtungsausschüsse laun und sonders, daß mit Lohnverhandlungen einmal Schluss gemacht werden muß angesichts der „Marktstabilisierung“ und doch steigt der Dollar wieder.

Der Arbeitsminister hat in den Lohnfragen eine Stellung eingenommen, die wir anerkennen können, aber er wird eingengt durch den Reichswirtschaftsminister Becker. Die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht allein durch Unterfertigungen bekämpfen, man muß auch vorbeugen und entlassenen Arbeitern ein Recht auf Wiedereinstellung geben wie den Ruhrarbeitern. Bei unserem Antrag auf Wiedereinstellung der Arbeiter im besetzten Gebiet kann man zeigen, ob man ein Herz hat für die Arbeiter oder nach Beendigung des Ruhrkampfes sagen will: Der Ruhr hat seine Schuldigkeit getan! Mit den sogenannten Reaktivisten wollen wir die Arbeiter nicht abspenken, wir wollen auch

keine Erweiterung der privatkapitalistischen Arbeitsweise

dadurch. Wir brauchen ein Staatswesen, in dem es heißt: Alles für das Volk und alles durch das Volk. Unsere Ruhrkämpfer haben freiwillig den Abwehrkampf übernommen, sie wollen keinen besonderen Dank dafür, aber sie verlangen die Durchführung der Sozialpolitik. Unsere Kameraden an der Ruhr haben durch den Abwehrkampf auch ihre Kraft erkannt. Sie sind entschlossen, dem Abwehrkampf gegen den französischen Kapitalismus und Militarismus weiter zu kämpfen, wollen sich aber ihre Rechte auch nicht durch den deutschen Kapitalismus nehmen lassen. (Beifall links.)

Freitag 2 Uhr: Weiterberatung; außerdem Abstimmung über den Antrag auf Verfassungsschutz. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Außenhandel und Arbeitslöhne.

Im Kampf um bessere Löhne trifft die Arbeiterschaft auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer. In letzter Zeit wurde wiederholt der Arbeiterschaft vorgehalten, daß sie mit Lohnsteigerungen die notwendige Ausfuhr deutscher Waren erschwere. Daß dies nicht zutrifft, geht schon aus dem Umstand hervor, daß die deutschen Löhne weit unter denen des Auslandes liegen. Das Organ des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, der „Bekleidungsarbeiter“, bringt nun dazu noch eine interessante Zusammenstellung, die die Steigerung der Löhne vergleicht mit den bei der Warenausfuhr erzielten Werten.

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches wurden im Jahre 1913 ausgeführt an Männer- und Knabenkleidern aus Wolle oder anderen Tierhaaren 751 Tonnen (= 751 000 Kilogramm) im Werte von 8 547 000 R. Im Jahre 1922 wurden ausgeführt an „Wollenen Männer- und Knabenkleidern“ 3 061 457 Kilogramm im Wert von 5 615 433 000 Papiermark. Unter der Voraussetzung, daß die beiden Posten miteinander identisch sind, wäre festzustellen, daß sich die Ausfuhr dieser Kleidungsstücke in der Menge auf das Bierfache und im Wert auf das 657fache erhöht hat. Vergleichen wir nun die Löhne vom Jahre 1913 mit denen im Jahre 1922, so zeigt sich, daß unsere Lohnsteigerung bei weitem nicht heranzieht an die Wertsteigerung der genannten ins Ausland geführten Kleider. Im Jahre 1913 verdiente ein Schneider rund 1420 R. in einer größeren Stadt, im ganzen Jahre 1922 etwa 143 000 R., das ist rund das 100fache gegenüber 1913. Nach der Außenhandelsstatistik wurde im Jahre 1913 ein Kilogramm „Männer- und Knabenkleider aus Wolle oder anderen Tierhaaren“ mit 11,3 R. und 1922 ein Kilogramm „Wollene Männer- und Knabenkleider“ mit 1834 R. bewertet. Die Lohnsteigerung betrug also das 100fache und die Wertsteigerung der ausgeführten Waren das 166fache.

Wenn auch schon dieses ein Beispiel beweist, daß die Arbeitslöhne nicht exporthindernd wirken, so wird das mit nachfolgender Tabelle ganz einwandfrei festgestellt:

Warengattung	Im Jahre 1922 wurden ausgeführt:				
	Kilogramm	Wert in Reichsmark	1 kg Wert im Januar 1913 in Reichsmark	1 kg Wert im Januar 1922 in Reichsmark	Wertsteigerung im Vergleich mit 1913
Wollene Männer- und Knabenkleider	3 061 457	5 615 433	674,52	18 235,88	26,5
Wolle, baumwollene	942 786	1 977 301	204,20	12 022,76	51,6
Selbstkonsumtion	140 681	2 045 951	1 406,81	101 808,90	68,0
Wollene Wäsche	34 294	25 261	229,65	17 107,14	77,1
Baumwollene Wäsche	897 887	2 971 397	400,14	15 827,02	39,5
Leinwandstoffe	5 191	24 232	201,09	51 840,09	257,8
Gesamtausfuhr aller Warengattungen	7 507 600	31 183 694	534,67	26 198,61	48,7

Zu dieser Statistik ist noch zu bemerken, daß die vom Statistischen Reichsamt ermittelten Ausfuhrwerte aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich hinter den tatsächlichen Ausfuhrpreisen zurückbleiben. Trotzdem zeigt die Gegenüberstellung, daß die Lohnsteigerung hinter der Wertsteigerung zum Teil in weitem Abstand zurückgeblieben ist. Wenn wir dann noch feststellen, daß der Lohnanteil am Endpreis ebenfalls zurückgegangen ist, so kann mit Recht und Recht behauptet werden, daß die Löhne der Bekleidungs- und ganz besonders der Wäscheindustrie weder den Auslandsport der Kleidungsstücke noch den Absatz im Inland gefährden oder verhindern. Dadurch in erster Linie die starke Wertsteigerung der Bekleidung hervorgerufen wird, das ist die riesige Selbstwertung und die Preispolitik der Textilkonzerne. Daß die heutigen Kleider- und Wäschepreise den Export beeinflussen, ist sicher, ob das aber so stark ist, wie immer behauptet wird, ist mehr wie zweifelhaft. Aus der Außenhandelsstatistik kann dagegen entnommen werden, daß der Export von einigen Warengattungen und noch einigen Ländern gegenüber der Wertsteigerung eher zu- wie abgenommen hat. So wurden nach Holland aus Deutschland eingeführt im Jahre 1920 167 Tonnen Herrenkleider und im Jahre 1922 sogar 729 Tonnen, an Damenkleidung in gleichen Jahren 349 resp. 1545 Tonnen und an Unterkleidung mit sonstiger Wäsche 212 und 1013 Tonnen. Der Arbeitslohn stellte sich in Holland vor einigen Monaten auf ungefähr 24 und in Deutschland auf etwa 6 Gulden pro Woche.

Mit dieser Feststellung wird die Legende von export- und abfuhrhindernden hohen Arbeitslöhnen endgültig zerstört. Wenn ein Preisabbau in der Bekleidungsindustrie herbeigeführt werden soll, so kann das nur durch Gewinnbeschränkung einer Anzahl Unternehmerrgruppen geschehen.

Eine wertbeständige Anleihe in Preußen. Der Preussische Staat legt in der Zeit vom 11. bis 18. Mai durch das bekannte Preussisch-Konfortium nebeneinander zwei wertbeständige Anleihen auf, eine 5prozentige Reimertianleihe über den Geldwert von 50 000 Tonnen Raß und eine 5prozentige Roggenwertanleihe über den Geldwert von 200 000 Zentnern Roggen. Bei der Bemessung des Zeichnungspreises auf die Raßanleihe kommt den Zeichnern die vom Reichsanleihe beschlossene 5prozentige Raßvergütung, die nur als eine vorübergehende anzusprechen ist, zugute. Der Preis für die Roggenanleihe schließt sich an den während der Zeichnungsdauer an der Berliner Börse amtlich notierten Preis für Roggen an, macht aber hiervon noch einen Abschlag und gewährt überdies dem Zeichner durch einen Höchstpreis besondere Sicherungen. Die Einzelheiten der Anleihen, die außer bei den Mitgliedern des Preussisch-Konfortiums bei sämtlichen Banken und Bankiers, Sparcassen und Girozentralen gezeichnet werden können, werden noch bekanntgegeben.

Weitere Erhöhung des Goldsolldauigeldes. Für die Zeit vom 9. bis einschließl. 28. Mai beträgt das Goldsolldauigeld 614 900 (bisher 551 900) vom Hundert.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1102,28 Geld, 1107,77 Brief; 100 österr. Kronen abakt. 54,86 Geld, 55,14 Brief; 1 ungarische Krone 7,43 Geld, 7,47 Brief; 1 bulgarische Lwa 308,24 Geld, 304,76 Brief; 1 japanischer Dinar 408,97 Geld, 411,08 Brief. Die Notierungen fast aller hochwertigen Devisen kamen nur unter schwachen Aufstellungen zu Stande. — 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 80 Pf.

